

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havlíčkovo nám. 82. Einzelpreis 70 Heller. Bezugbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16,- Kč, Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. vierteljährlich 48,- Kč, halbjährig 96,- Kč, ganzjährig 192,- Kč. Für Deutschland 16,- l. Postsparkassafonto 57644. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Geplante Teilung Oberschlesiens.

Berlin, 10. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). Aus vielen, einander widersprechenden Meldungen aus Genf geht so viel hervor, daß der Plan einer Teilung Oberschlesiens bereits feste Gestalt angenommen hat. Schwierigkeiten scheinen jetzt nur noch dadurch entstanden zu sein, daß England Einwendungen dagegen erheben will, daß Königs- hütte und Kattowitz an Polen fallen, nachdem Lloyd George sich dafür eingesetzt hatte, daß unzweifelhaft deutsche Gebiete bei Deutschland bleiben sollen. Inzwischen werden die Mitglieder des Völkerbundes sowohl von deutscher, wie von polnischer Seite ununterbrochen bearbeitet. So haben kürzlich deutsche Arbeitervertreter den Vorsitzenden des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas ersucht, den Völkerbundrat darauf aufmerksam zu machen, daß im Falle einer Zuteilung des Industrie- bereichs an Polen, die oberschlesischen Arbeiter der Vorteile der deutschen Sozialgesetzgebung verlustig gehen, ohne Gegenleistungen dafür zu empfangen. Thomas hat dies auch dem Völkerbundrate mitgeteilt.

Weitere Verzögerung.

Paris, 9. Oktober. „Havas“ meldet aus Genf: Der Völkerbundrat sei noch nicht in der Lage, sein Gutachten über die oberschlesische Frage abzugeben. Die Schlussfolgerung der vier nicht ständigen Mitglieder, die mit der Prüfung der Frage beauftragt seien, sei dem Völkerbundrate noch nicht unterbreitet worden. Dieser wird anfangs nächste Woche in einer Vollversammlung davon (wobon? von der Schlussfolgerung oder von deren Nichtunterbreitung? D. Red.) Kenntnis nehmen.

Das Wiesbadener Abkommen

Kreiererei gegen Rathenau und Wirth. Berlin, 10. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). In der rechtsstehenden Presse liest man Mitteilungen aus Kreisen der deutschen Großindustrie, nach denen das Wiesbadener Abkommen außerordentlich ungünstig zu beurteilen sei. Es soll der Versuch Frankreichs sein, zur politischen Hegemonie Europas auch die wirtschaftliche zu gewinnen, es könne Deutschland noch den Rest der politischen und industriellen Handelsfreiheit nehmen, die ihm bisher geblieben sei. Hinter diesen pessimistischen Mitteilungen verbirgt sich der Wunsch, den Außenminister Rathenau und den Reichskanzler Wirth als die Verantwortlichen für das Abkommen, zu beseitigen und der von diesen beiden den kapitalistischen Kreisen zugeordneten Aufbringung von Mitteln für die Reparation zu entgehen.

Krach in Wien.

Wien, 10. Oktober. Laut Bekanntmachung an der Wiener Börse sind die Bankgeschäfts- firmen Baumwald & Co, Sebastiani und Schreiber insolvent erklärt worden. Außerdem verlautet in finanziellen Kreisen, daß einige große Wiener Textilfirmen mit riesigen Passiven in Zahlungsstokungen geraten sind. Es soll sich um drei Firmen handeln, die mit 700 bis 800 Millionen passiv sind infolge der Preis- steigerung der fremden Valuten.

Finanz-Zwangsmassnahmen in Oesterreich.

Wien, 10. Oktober. Der neue Finanzminister Dr. Güllner wird die Notwendigkeit außerordentlicher Zwangsmassnahmen, für deren Durchführung er sich bereits die Zustimmung des Nationalrates gesichert hat, morgen abends in der Sitzung des Finanzausschusses begründen. Für die beschleunigte Durchführung der Zwangsmassnahmen ist die Vernehmung des Banknotenumlaufes im letzten Monate maßgebend, die für die vierte Septemberwoche allein einen Betrag von mehr als fünf Milliarden Kronen ausmacht.

Briands Verteidigung.

Die französischen Staatsmänner sehen sich, wenn sie ihre großen Reden halten, immer auf der Weltenbühne stehen. Das leiht ihren Worten das volle, klingende Pathos, stets haben sie etwas vom Antonius, der im Angesicht von Cäsars Leiche das begeisterte Volk mit sich fort- reißt, an sich. Man stelle sich nur einmal Clemenceau vor seinem eigenen Denkmal in St. Germain vor! Wäre's nicht, als glitte der moderne Gesellschaftszug von ihm ab und die Toga des Tribunen flatterte um seine Schul- ter, da er stammend die großen Tage seiner Regierung pries, in denen Deutschland vor ihm auf den Knien lag, da er die Sünden sei- nes zahllosen Nachfolgers rügte und schwarze Wetterwolken drohenden Unheils am Zukunft- himmel aufzeigte? Und nach ihm Briand beim Bankett in St. Nazaire. Wieder Festesstim- mung, begeisterte Hörer, die an den Lippen ihres Peros hängen, Suggestion von ihm zu ihnen, von ihnen zu ihm. Aus dieser Hülle des Feierlichen muß man die Rede heraus- schälen, wenn man zu ihrem Kern vordringen und wissen will, wie Briand sein bisheriges Handeln rechtfertigt und sich sein zukünftiges vorstellt.

So angesehen atmen seine Worte eine be- achtenswerte Ernüchterung, der Politik des Raushes scheint die der respektierten Realitäten folgen zu wollen. Diese Gegenüberstellung hält mit zwei Worten den Gegensatz zwischen Clemenceau und Briand fest. Das Bewußtsein, auf dem Boden der Wirklichkeit zu stehen, ge- stattete dem heute verantwortlichen Leiter Frankreichs, hier und da ganz leicht die Note der Ironie anklängen zu lassen und die Verteidigungsrede gegen seinen ruhmbedeckten Anflü- ger nach dem Grundsatz einzurichten: Der Sieb ist die beste Parade.

Clemenceau sang noch immer das alte Lied von Deutschlands ungenügender Herrschaft und von Frankreichs schwer bedrohter Sicher- heit, Zustände schienen ihm der größte Fehler. Das sind Argumente, die auf die Massen wirken und ihrem Verkünder billigen Erfolg versprechen. Politisch klug sind sie, wie Briand nachwies, nicht. Unentwegtheit ohne Maß und Ziel entfernt Frankreich immer mehr vom friedlichen Schaffen, dessen es trotz aller Siege bedarf und droht vor allem, es ob sei- nes Stolzsinns den Bundesgenossen zu ent- fremden. Auch der Friedensvertrag ist nur Menschenwerk mit allen Bedingtheiten eines solchen, über seinen Einzelbestimmungen steht der Zweck, den er als Ganzes verfolgt.

Um dieses Endzweckes willen, zu dem sich Briand bekennt, während er die Verantwor- tung für den Vertrag selbst dessen Urheber Cle- menceau zuweist, wagte er bescheidene Zwei- fel über den Vorteil der militärischen Sanktio- nen am Rhein auszusprechen und mit aller Entschiedenheit das Abkommen von Spa und Wiesbaden zu verteidigen. Die „deutschen Hun- nen“, die Belgiens und Frankreichs Wohlstand zertreten haben, dauern im Staube zu stehen, ist Clemenceaus letzter, heiligster Wunsch. Nur übersteht er dabei, anders als der kühle Bri- and, daß diese Nachgeglut auch Frankreich zum Unheil ausschlagen müßte, weil ein wirt- schaftlich totes Deutschland ihm nichts zu er- setzen vermöchte. Briand will beiseite nicht Deutschland wieder in den Sattel heben, in dem es vor dem Kriege sah, doch steht er ihm im- merhin so weit kühl und sachlich gegenüber, um die wunde Stelle in Clemenceaus blinder Rachsucht herauszuspüren und anzugreifen. Und das gleiche Bedürfnis, seinen Widersacher zur Strecke zu bringen, schärfte seinen Blick für die unlöslichen Zusammenhänge der Welt- wirtschaft, ja er betont diese selbst auf die Ge- sahr hin, daß den Deutschen aus ihnen ein Vor- teil erwachse.

Statt der hysterischen Angst vor dem ganzen deutschen Volk lebte in Briand noch die vor- dem Revancheträume spinnenden deutschen Großkapital, und darum räumt er der Welt das Recht ein, außer an Frankreichs Sicher- heit auch noch an den stillen Ozean und an andere der Lösung bedürftige Streitfragen zu denken. Das stellt sein Wollen und Meinen sozusagen positiv auf die Konferenz von Washington ein, während Clemenceau sie nur schroff zu verneinen gewußt hatte. Und es läßt ihn den Gedanke der Entente trotz aller Reibereien der letzten Monate noch immer be- jahren, selbst auf die Gefahr hin, daß die Ein- heit der Alliierten den Franzosen auch man- chen bitteren Tropfen ausnütigen könne.

Genau genommen, war's also keine Festsrede, die Briand in St. Nazaire hielt, sondern eher eine ernste Mahnung an das siegverblendete Bürgertum seines Landes, mit Hoffnungen und Begierden nicht allzu kühn auszugreifen. Des- halb auf eine Entspannung der Weltlage im sozialistischen Sinne zu hoffen, geht dennoch nicht an. Im Gegenteil: Je leichter sich die Regierungen des siegreichen Kapitalismus auf einer mittleren Linie treffen, die ihren In- teressen zur Not entspricht, desto eher stabili- siert sich ihre Welt, die nicht unsere ist. England, Amerika, Italien und auch das bürgerliche Deutschland, sie alle wissen, wie sie Briands Worte zu lesen haben. Die Zeit der Hitzköpfe ist vorbei; die Sonne der Geschäftes- macher geht auf. Die Arbeitererschaft tut gut daran, auf ihrer Hut zu sein.

Der neue Strafgesetzentwurf.

Das geltende Strafgesetz stammt aus dem Jahre 1803. Im Jahre 1852 wurde daselbe Gesetz mit einzelnen Abänderungen für das ganze Kaiserthum Oesterreich kundgemacht. Schon im Jahre 1852 wurde das Strafgesetz als veraltet angesehen und man dachte an die Schaffung eines neuen. Seit der Entstehung des Gesetzes sind nahezu 120 Jahre vergan- gen, die wirtschaftlichen, politischen und sozia- len Verhältnisse haben sich von Grund aus verändert, die wissenschaftlichen Begriffe der Strafrechtslehre sind ganz andere geworden. So erscheint dieses Gesetz wie ein Denkmal aus einer längst vergangenen Zeit und doch wird noch heute nach diesem Gesetze über Men- schen gerichtet, Taten als verwerflich und straf- bar erklärt, die es nach dem allgemeinen sitt- lichen Bewußtsein des Volkes (der einzigen wahren Quelle des Strafrechts) nicht mehr oder nicht mehr im gleichen Maße sind und umgekehrt. Strafbestimmungen, welche zum Schutz des absolutistischen Polizeistaates erlas- sen wurden, werden noch heute in der demo- kratischen Republik angewendet, zahlreiche Handlungen, die mit Kriminalität nichts zu tun haben und bloße Polizeübertretungen sind, werden noch heute in der demokratischen Re- publik zu deren vermeintlichem Schutze ange- wendet, zahlreiche Handlungen, die mit Kri- minalität nichts zu tun haben und bloße Po- lizeübertretungen sind, werden noch heute vom Strafrichter geahndet.

Schon seit dem Jahre 1852 dachte man in Oesterreich an eine Reform des Strafgesetzes, es wurden seither eine kaum überschaubare Zahl von Entwürfen ausgearbeitet, die aber nie- mals Gesetz wurden. Noch im Jahre 1913, also kurz vor dem Ausbruch des Weltkrieges, wurde ein sorgfältig ausgearbeiteter Entwurf eines neuen Strafgesetzes vom Herrenhause verabschiedet, kam aber nicht mehr zur Ver- handlung ins Abgeordnetenhaus.

Nunmehr ist die Reform des Strafrechts eine unaufschiebbare Angelegenheit geworden. Auch die Justizverwaltung der tschechoslowa- kischen Republik hat dies erkannt und das Ju- stizministerium versendet zwei Entwürfe, den allgemeinen Teil eines Gesetzes über Verbre-

chen und Vergehen und den allgemeinen Teil eines Gesetzes über Uebertretungen. Der all- gemeine Teil enthält die Bestimmungen über die allgemeinen Voraussetzungen der Strafbar- keit, über die Formen des Verschuldens, der Zurechnungsfähigkeit, das Erlöschen des staat- lichen Strafanspruches, die Arten der Strafen, den Vollzug der Strafen usw. Mit diesem Ent- wurf des allgemeinen Teiles wird sich vor al- lem die wissenschaftliche Kritik, die nicht die Aufgabe dieser wenigen Zeilen sein soll, zu befassen und sich darüber zu äußern haben, ob das Werk den Ergebnissen der kriminalistischen Wissenschaften entspricht.

Obwohl nicht zu verkennen ist, daß der vor- liegende Entwurf moderne und humane An- schauungen seiner Verfasser zum Ausdruck bringt, so wird ein endgültiges Urteil über das Wesen des ganzen Gesetzes erst möglich sein, wenn der Entwurf des besonderen Tei- les, der die einzelnen strafbaren Handlungen und die Höhe der Strafen enthält, vorliegen wird. Erst aus diesem wird zu sehen sein, welche Interessen des Einzelnen und der Allge- meinheit als schutzbedürftig gelten sollen und ob die Beurteilung der einzelnen strafbaren Handlungen mit dem allgemeinen sittlichen Empfinden übereinstimmen wird.

Der vorliegende allgemeine Teil kann im Ganzen und Großen als eine brauchbare Grundlage des künftigen Gesetzes bezeichnet werden, obwohl man von Originalität des Werkes oder schöpferischer Genialität, wie sie die großen deutschen und französischen Geset- zgebungswerke des 19. Jahrhunderts auszeich- nen, bei diesem Entwurf nicht sprechen kann und gerade gegen einzelne Stellen des Ent- wurfes, die neue gesetzgeberische Gedanken ver- wirklichen sollen, müssen ernste Bedenken er- hoben werden. Dies gilt vor Allem von der beabsichtigten Abstufung der strafbaren Hand- lungen nach ihrer Schwere. Die Dreiteilung in Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen ist beibehalten. Die Entscheidung aber, ob eine Tat als ein Verbrechen oder als ein Ver- gehen beurteilt werden soll, soll dem Richter überlassen werden, der dabei auf die Gesin- nung des Täters, die Beweggründe seiner Handlungsweise zu sehen haben wird. Ist der Richter (beim Schwurgerichte die Geschwore- nen) der Ansicht, daß die Tat aus grober Ge- winnsucht, aus Hohnheit, Arbeitsfurch, Scham- losigkeit, Böswilligkeit oder einem anderen niedrigen Beweggrunde verübt wurde, so hat er die Tat als Verbrechen zu erklären und selber zu verhängen und es treten für den Täter die schweren diffamieren- den Wirkungen der Verurteilung zu einer Ker- kerstrafe ein, im anderen Falle ist Gefängnis zu verhängen, die Tat ist bloß ein Vergehen und die schweren diffamierenden Wirkungen treten für den Verurteilten nicht ein. Bedenkt man, welche weitreichende Freiheit hiedurch dem Richter bei der Qualifizierung einer Tat eingeräumt ist, bedenkt man, wie unbestimmt und allgemein der Begriff „niedrige Beweg- gründe“ ist, bedenkt man weiter, daß über die- drigkeit des Beweggrundes unter einzelnen In- dividuen, ja sogar der einzelnen Schichten des Volkes verschiedene Auffassungen bestehen können und daß der Richter, mag er noch so ob- jektiv und gewissenhaft sein, doch nur in ge- wissen Anschauungen seines Mikros befangen ist, dann muß man zu dem Schlusse kommen, daß diese Art der Abgrenzung verfehlt ist und keinen Fortschritt bedeutet gegenüber der Be- stimmung des alten Strafgesetzes, das nur das- jenige als Verbrechen, Vergehen oder Ueber- tretung behandelt und bestraft werden kann, was in demselben ausdrücklich als Ver- brechen, Vergehen oder Uebertretung erklärt wird.

Das neue Gesetz soll ein allgemeines Strafgesetz sein in dem Sinn, daß es für das ganze Gebiet der Republik gelten, haben

In der Slowakei an Stelle des dort noch geltenden ungarischen Strafgesetzes treten, andererseits in dem Sinn, daß es für alle Bewohner des Staates, also auch für Militärpersonen gelten soll. Ein besonderes Gesetz wird bloß für gewisse Verbrechen zur Kriegszeit und — erfreulicherweise — auch ein besonderes Strafgesetz für jugendliche Personen, d. h. Personen bis zu 18 Jahren, angefügt. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß als Grenze des Kindesalters nach dem Entwurfe das vierzehnte Lebensjahr (bis jetzt das zehnte) gelten soll.

Das Gesetz soll rückwirkende Kraft haben, d. h. auch auf jene Handlungen angewendet werden, die noch vor seiner Wirksamkeit begangen wurden, allerdings nicht zum Nachteil des Täters. Begrüßenswert ist die humane Bestimmung des Entwurfes, nach welcher bei früheren Verurteilungen nach dem alten Strafgesetz wegen einer Tat, die nach dem neuen Gesetze nicht mehr strafbar ist, das Gericht auszusprechen hat, daß das Urteil nicht zu vollstrecken ist. Auf die näheren Bestimmungen des Entwurfes über die Schuldsformen (Absicht, bewusste Schuld, Fahrlässigkeit), über die Strafbarkeit des Versuches, über Irrtum, Zurechnungsfähigkeit, Notwehr, Not, Strafausschließungsgründe usw. näher einzugehen, verbietet der Raumangel. Ueber diese Fragen wird die Kritik der Fachkreise abzuwarten sein.

In einem zweiten Artikel soll noch von den Strafmitteln, die der Entwurf einführen will, und den Bestimmungen über den Strafvollzug gesprochen werden.

Gleichzeitig mit dem Entwurfe verendet das Justizministerium auch den Motivenbericht. Er enthält manches Interessante, obwohl zu wünschen gewesen wäre, daß Einzelnes mit größerer wissenschaftlicher Prägnanz motiviert würde. In einer Vorrede zum Entwurfe werden auch die Mitarbeiter genannt, durchwegs tschechische Rechtsgelehrte und Ministerialbeamte (warum wurden nicht auch Vertreter der psychologischen und psychiatrischen Wissenschaft beigezogen?), jedoch kein einziger Deutscher. Aber man erkennt es bei der Lektüre des Entwurfes und der Motive klar, daß man es nicht verabsäumt hat, in weitgehendem Maße die wissenschaftlichen Ergebnisse der deutschen Kriminalistik zu verwerfen.

Briands Programmrede.

Paris, 9. Oktober. (Tsch. B.-B.) Ministerpräsident Briand hielt heute Nachmittag bei einem zu seinen Ehren veranstalteten Bankette in Saint Nazaire eine Rede. Er sagte u. a.: Ich liebe die Polemik nicht. Einige Kritiken muß ich jedoch widerlegen, weil der Ministerpräsident Frankreichs seine Autorität nicht oermindern lassen kann. Alle Angelegenheiten die er im Namen der Nation erledigt, sind Weltangelegenheiten. Man habe gesagt, wenn er, Briand, gewisse Konzessionen verweigere, dann könne Frankreich einen besseren Ruhm aus seinem Siege ziehen. Frankreich habe die größten Opfer gebracht. Es habe ein Anrecht auf volle Reparation seiner Schäden. Er habe aber gedacht, daß Frankreich nach einem Siege ein Anrecht auf Frieden habe und ein Anrecht darauf, in der Welt einen ersten Platz einzunehmen. Wäre das nicht so, dann wären die Männer, die Frankreich regieren, nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe. Er habe die Regierung übernommen in der Absicht, den Frieden für Frankreich sicherzustellen. Das sei vielleicht keine Politik, die die Massen begeistere, aber sie führe wenigstens nicht zu Eventualitäten, aus denen die Länder oft ruiniert herauskämen. Während der Friedensverhandlungen habe Frankreich Konzessionen machen müssen. Wenn also die guten Franzosen, welche die Friedensverhandlungen geführt hätten, gezwungen waren, sich damit abzufinden, dann müßten es die, die elementare Intelligenz besitzen, begreifen, daß er, der er erst zwei Jahre nach dem Abschluß des Waffenstillstandes zur Regierung gelangte, kein vollkommenes Werk habe schaffen können. Wie sein Vorgänger habe er, um die Ausführung des Friedensvertrages möglich zu machen, im vollem Einverständnis mit Frankreichs Alliierten handeln müssen. Ohne diese Solidarität wäre die Ausführung des Vertrages unmöglich. Aber niemals könne Frankreich alles verlangen, was man ihm schulde, weil es Dinge gebe, die man nicht bezahlen könne. Um den schledhsten Willen des deutschen Militarismus zu besiegen, habe seine Regierung die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrorten beschlossen. Das seien Ereignisse von großer Bedeutung, die der Regierung nicht auf das Aktivkonto gebucht würden, während man von ihrem Debet großes Aufheben mache. Wenn man an 1871 erinnere, so vergesse man, daß der letzte Krieg alle finanziellen und wirtschaftlichen Vorstellungen umgestoßen habe. Man vergesse auch, daß die Forderungen Frankreichs durch das Schwanken des Wechselkurses ungeheuer vermehrt worden seien. Wie könne man da behaupten, die Forderungen Frankreichs seien verstimmt worden und die Regierung habe nicht ihre Schuldigkeit getan? Frankreich muß gerüstet bleiben, solange seine Sicherheit nicht

gewährleistet sei. Frankreich habe ein Anrecht auf Reparationen und auf seine Sicherheit. Die französische Regierung hat Vertrauen zu der gegenwärtigen deutschen Regierung. Wenn ein genialer Geist das Geheimnis besitze, alles besser zu machen als er, so werde er ihm sofort den Platz räumen.

Ueber die sich aus dem Friedensvertrage ergebenden wirtschaftlichen Fragen sagte Briand u. a.: Wenn Deutschland als Staat auch arm ist, dürfe man nicht vergessen, daß es dortselbst viele reiche Einzelpersonen gibt, welche sich aber weigern, die Schulden ihres Landes zu bezahlen. Sicher ist, daß Deutschland arbeitet. Es entstehen dort neue Fabriken, ferner werden Eisenbahnen und Häfen geschaffen. Auch Frankreich müsse ein Land angelegentlicher Tätigkeit sein, da nur hievon ein Heil zu erwarten sei.

Der Friedensvertrag ist nach Briands Definition ein Kollektivvertrag, welcher die absolute Solidarität der Alliierten bei der Durchführung des Friedensvertrages festsetzt. Es gilt dies nicht bloß für die Vorteile, sondern auch für die, aus dem Friedensvertrage sich ergebenden unangenehmen Folgen. Sobald diese Solidarität verletzt würde, würde der Vertrag ins Schwanken geraten und undurchführbar werden. Nach den wohlbekanntesten, ebenso schönen wie leeren Phrasen über den revolutionären und den Freiheitsdrang des uneigenmächtigen Frankreich erklärte Briand, Frankreich werde an die auf den Schlachtfeldern geweihte Brüderlichkeit nicht vergessen. Im Namen der Regierung erklärt Briand feierlich, daß er an diese Brüderlichkeit niemals, selbst nicht in den kritischsten Augenblicken einer unvermeidbaren Diskussion zwischen den Alliierten, vergessen werde.

Inland.

Ueber die Rückkehr der Deutschbürgerlichen in das Parlament äußern sich die tschechischen Blätter in verschiedener Weise. Während die nationaltschechische Presse der Meinung ist, daß sich hiedurch die Regierungspolitik gegenüber den Deutschen nicht im geringsten zu ändern brauche, bemühen sich die gemäßigten tschechischen Blätter darzulegen, daß aus diesem Schritt der tschechischen Parteien gewisse Pflichten erwachsen. Die „Tribuna“ sieht die Hauptbedeutung der Angelegenheit darin, daß die nationaltschechische Erdrömmung unter den Deutschbürgerlichen der gemäßigten unterlegen ist, was nicht ohne Einfluß auf die tschechische Mehrheit des Parlaments sein kann, die die Möglichkeit hat, dem abermaligen Erstarken des lodgmanischen Einflusses zu wehren. Demgegenüber schreibt der ehemalige Gesandte in Rom Leo Vorst, der in letzter Zeit in der „Narodni Politika“ eine Reihe nationaltschecher Artikel veröffentlichte, in diesem Blatte: „In der Rückkehr der Deutschen sehen wir eine bloß augenblickliche Ernüchterung, ein augenblickliches Sichunterwerfen unter unveränderliche Verhältnisse. Die Deutschen kehren auf den Boden des Parlamentes in einer Zeit zurück, da eine feste tschechische Mehrheit besteht, die stark genug ist, die Regierung zu stützen und unseren Staat zu führen. Die Deutschen kehren also bloß in ihrem eigenen Interesse zurück, denn unsere Mehrheit könnte regieren, auch wenn die Deutschen außerhalb des Parlamentes blieben. Damit ist unsere Situation gegenüber den Deutschen gegeben. Ihre Rückkehr darf kein Grund zu einer Veränderung der Politik sein, die durch die allnationale Koalition gegeben ist. Durch diese Koalition sind wir stark genug, die Rückkehr der Deutschen einfach zur Kenntnis zu nehmen, aber sie nicht höher zu bewerten, als ihr tatsächlicher Wert ist.“ An anderer Stelle schreibt die „Narodni Politika“ noch schärfer, daß die Frage des parlamentarischen Verhaltens gegenüber den Deutschen eine überflüssige Sorge ist. — Man sieht also, wenn die Nationalisten einer Nation einmal einen lichten Augenblick haben, gleich sind die Nationalisten der anderen Nation da, um das Feuer aufs neue zu schüren.

Ende der tschechischen Kleinbauernbewegung? Die der „Becker“, das Abendblatt der tschechischen Agrarpartei an leitender Stelle mitteilt, hat die Sektion der in der „Domovina“ organisierten Kleinbauern aus der agrarischen Partei dadurch ein Ende gefunden, daß sich der Führer der neuen Kleinbauernbewegung Em. Jung als ein von großagrarischem Interesse vorgeschobenes Individuum entpuppt hat, dessen Aufgabe es war, durch die Zerstückelung der Kleinbauernorganisation und sonstige Manöver die Bodenreform zu vereiteln. Diese Dinge wurden dem „Becker“ zufolge durch eine Hausdurchsuchung aufgestellt, welche die Polizei über ein Einschreiben der Zentrale der „Domovina“ in der Wohnung und Kanzlei Jungers durchgeführt hat. Hierbei wurde nicht nur administratives Inventar und zu Propagandazwecken bestimmtes Material als Eigentum der „Domovina“ erkannt und konfisziert, sondern auch ein Geldbetrag von ungefähr 1½ Millionen Kronen vorgefunden, der Jung zur Förderung seiner Bewegung, wie der „Becker“ behauptet, von Leuten zur Verfügung gestellt wurde, die an der Vereitelung der Bodenreform interessiert sind. Infolge dieser Hausdurchsuchung sagten sich die beiden anderen Dissidenten der „Domovina“ E. Pavlat und Franz Jarous von Jung los und erklärten, auf dem von Jung für den 9. Ok-

tober einberufenen Dissidenten-Vertrauensmänner-Kongress, sie seien getäuscht und mißbraucht worden, zu einer Aktion, von der sie vermeinten, daß sie der Beschleunigung der Bodenreform diene, die aber tatsächlich auf deren Verhinderung abziele. Die Vertrauensmännerversammlung nahm dann auch eine Resolution an, in der sie erklärte, treu zur tschechoslowakischen Agrarpartei zu stehen.

Ein Konfusionsrat. Der agrarische Abgeordnete Prof. Franz Spina behandelte in der Wanderversammlung des „Deutschen land- und forstwirtschaftlichen Zentralverbandes“ in einem Vortrag das Thema: „Wir (d. h. die Agrarier) und der Sozialismus.“ Nun mag ja der Berichterstatter der „Deutschen Landpost“, die diesen Vortrag abdruckt, von Spinas Ausführungen so wenig verstanden haben, daß er in seinem Auszug lauter Unvernußt verzapft, jedenfalls meugt der uns vorliegende Bericht Falsches, Irriges und Schiefes in unheimlicher Weise durcheinander. Schon das einleitende Jongleurkunststück mit den Worten „sozialistisch“, „Sozialismus“ und „Sozialdemokratie“ schmeckt bedenklich nach Bauernfängerei. Will man uns und unsere Grundsätze widerlegen, so darf man das nicht mit etymologischen Ableitungen tun, denen jede Beweiskraft fehlen muß, weil Marx aus einem Wort des landläufigen Sprachgebrauches einen terminus technicus gemacht hat. Wie wenig Spina vom marxistischen Sozialismus versteht, geht aus den beiden „Schulbeispielen“ hervor, die er für das praktische Vorgehen der Sozialdemokratie anführt, aus der staatlichen Kriegswirtschaft und dem russischen Bolschewismus. Er müßte wissen, daß die Zentralwirtschaft mit dem Sozialismus, wie wir ihn meinen, d. h. mit der Ueberführung der Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit, weniger als nichts zu tun hatte, da sie lediglich die Produktion mit durchaus kapitalistischen Mitteln in den Dienst eines kapitalistischen Krieges gestellt hat. Und er müßte ferner wissen, daß die „Diktatur des Proletariates“ innerhalb der sozialdemokratischen Theorie nur Uebergangsfunktionen versteht, insofern sie die dem Sozialismus widerstrebende Bourgeoisie zu zwingen hat, auf ihre angemessenen Vorrechte zugunsten der Allgemeinheit zu verzichten. Innerhalb der so heraufgeführten sozialistischen Gesellschaft soll aber nicht nur der „Massenegoismus des industriellen Handarbeiters“ herrschen, wie das Spina der Sozialdemokratie unterfährt, sondern jede produktive Arbeit, auch die der Leitenden und disponierenden Köpfe, soll in ihr die verdienten Früchte ernten, und was die Sozialdemokratie auskalteln will, ist bloß das arbeitslose Einkommen der Proleten der Gesellschaft. Daß das einen „Zusammenbruch unserer Kultur“ und den „Sturz in Barbarei“ bedeuten müßte, ist eine kühne Behauptung, es sei denn, daß man „Kultur“ und das Lotterleben der obersten Zehntausend, die ihr Leblang nichts tun als genießen, mit einander gleichstellt. Barbarei und Unkultur sind freilich vorhanden. Aber geschaffen hat sie die kapitalistische Gesellschaft, die das Verbrechen des Krieges vom Jaune brach, und Spina als einer ihrer Vertreter sollte sich hüten, dem Sozialismus ein „böswertes Vergehen“ vorzuwerfen, weil er sich weigert, die Erbschaft der kapitalistischen Kriegsfürer unbeschen anzutreten. Die Welt zu vernichten und dann vom andern zu verlangen, er solle sie reparieren, ist ebenso billig wie verantwortungslos. Die Argumente endlich, die Spina für die angebliche Bauernfeindschaft der Sozialdemokratie anführt, können nur lächeln machen. Nicht weil der Fabrikarbeiter mit toten, der Bauer mit lebenden Dingen zu tun hat, sind wir Feinde der grünen Internationale. Sondern weil diese die Not der proletarischen Massen ausnützt, um das ganze Nationalvermögen an sich zu reißen. Aber wohl gemerkt, wir unterscheiden gut zwischen agrarischen Ausbeuter und Bauer, wir wissen sehr wohl, daß letzterer im Produktionsprozeß ein unentbehrlicher Bestandteil geworden ist, und es fällt uns nicht ein, ihm den Ehrennamen eines „Arbeiters“ auszusprechen. Vielleicht wird Herr Professor Spina die Liebendwürdigkeit haben, nächstens einmal die Bauern ohne Konfusion über die Ziele der Sozialdemokraten aufzuklären. Freilich dürfte es ihm dann etwas schwerer fallen, uns im Sandumdrehen vor denkenden Hören zu erschlagen.

Ausland.

Stejan Friedrich in deutschnationaler Beleuchtung. Zwei Seelen wohnen — ach — in der Brust unserer Deutschnationalen. „Solweit die deutsche Junge Klingt“, am liebsten von Bern bis Riga, von Breziburg bis Mex, muß das große Vaterland sein. So wenigstens hörten wir es. Aber da ist Horthy-Ungarn, das Ideal aller deutschnationalen Ordnungsmenschen. Und Horthy-Ungarn führt mit Oesterreich einen Kampf um das deutsche Burgenland. Zwar besteht über den deutschen Charakter des Bur-

genlandes, das bekanntlich auch nach dem Spruch der Entente zu Oesterreich gehören soll, kein Streit, indessen ist die Liebe unserer Deutschnationalen zu den Horthy-Wordbanden derart groß, daß sie plötzlich ihr ganzes deutschnationales Bewußtsein vergeffen und Burgenland dem Horthy und seinen Banden geben wollen. Nur so erklärt es sich, daß die deutschnationalen „Deutsche Tageszeitung“ die Zuzchrift eines in Westungarn ansässigen ehemaligen deutschen Offiziers veröffentlicht, in der unter Beugung der Wahrheit behauptet wird, daß die Bewohner Westungarns, d. i. des Burgenlandes, eigentlich gar keine Deutsche sind und daß, selbst wenn sie Deutsch sind, sie auch ungarisch sprechen können. Und dann kommt das Hauptargument:

„Die sogenannte Bandenbewegung, aus der die österreichische Presse eine „Banditenbewegung“ gemacht hat, ist ein heroischer Freiheitskampf ideal gesinnter junger Leute, die sich aus Westungarn und dem übrigen Ungarn zusammengesunden haben, um mit selbst verleugnendem Idealismus die Abtrennung Westungarns zu bekämpfen. In den Reihen dieser sogenannten Banden befindet sich die Blüte der gebildeten Jugend Westungarns, zahlreiche Adelige, Reserveoffiziere, Professoren, Lehrer, Studenten, die alle aus reiner Liebe zur Sache gekommen sind und sich von niemanden haben zurückhalten lassen.“

Diese Seelengemeinschaft mit den Banditen, deren „heroischer Freiheitskampf“ von der gleichen Art ist wie der „heroische Freiheitskampf“ der Baltikumer und des Freikorps Oberland, ist es dann auch, die den ehemaligen deutschen Offizier und die „Deutsche Tageszeitung“ veranlaßt, sich für Horthy-Ungarn ins Zeug zu legen und — um mit den üblichen Worten der „Deutschen Tageszeitung“ zu reden — in landesverräterischer Weise den Ententemachtshern Material zu liefern, um vielleicht ihre erstmalige Entscheidung in der Frage des Burgenlandes zu revidieren.

Die sozialistische Regierung in Thüringen.

Der Regierungsbildung gingen zwischen den drei sozialistischen Parteien Verhandlungen voraus, die vor allem durch die Stellungnahme der Unabhängigen und Kommunisten interessieren und die zugleich als Echo der Thüringer Reichstiler auf Görlich Bedeutung haben. Die Verhandlungen, die Mittwoch in Weimar stattfanden, waren von Anfang bis Ende getragen von dem Gedanken, unter allen Umständen eine sozialistische Regierung zu schaffen. Grundlage der Verhandlungen bildete das Minimalprogramm der U. S. P. D. Im Namen der Rechtssozialisten gab der Abg. Ueber die Erklärung ab, daß seine Partei dieses Minimalprogramm im Großen und Ganzen annehme. Ihm folgte der Abg. Tenner (Komm.) mit der Erklärung, daß auch seine Partei die Bildung einer sozialistischen Regierung wünsche. Diese Erklärung ging den Rechtssozialisten nicht weit genug. Sie verlangten auch eine Beteiligung der Kommunisten an der Regierung. Ihnen antwortete Könen (Zentrale der R. P. D.), daß sich die Kommunisten an einer Regierung nicht beteiligen, da für sie nur die Räterepublik in Frage käme. Daraufhin verlangten die Rechtssozialisten von den Kommunisten Garantien in bezug auf ihre Stellung zu Steuerfragen und zum Etat. Kemmele (Zentrale der R. P. D.) versicherte, seine Partei werde einer sozialistischen Regierung die Mittel bewilligen, aber nur so lange, als deren Gesamtpolitik proletarische Interessen nicht verletze, wie sie auch die sozialistische Regierung im Kampfe gegen die herrschenden Klassen unterstützen werde. Tenner (Komm.) fügte bei, seine Partei werde gegen eine sozialistische Regierung keine kleinliche Politik betreiben. Aber sie verlange, daß das Minimalprogramm der U. S. P. D. nicht nur die Grundlage für die Regierungspolitik sein soll, sondern daß auch für seine Durchführung gesorgt wird.

Namens der U. S. P. D. bezeichneten der Abg. Hermann die Erklärungen der Kommunisten für seine Partei hinreichend und die Rechtssozialisten schlossen sich dem an. Man sieht: Trodem Kommunisten und Reichstiler die Unabhängigen nicht hart genug zu schelten wissen, greifen sie doch, wo es um praktische sozialistische Arbeit und nicht um Schulgezänk geht, zu ihrem Programm.

Neuerliche Verschiebung der Konferenz von Portorofe.

Rom, 10. Oktober. (Tsch. B.-B. Funf.) Diplomatische Kreise glauben, daß infolge der Konferenz von Venedig die Konferenz von Portorofe zwischen den Nachfolgestaaten der alten Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie eine Verzögerung erfahren wird.

Versaß, 10. Oktober. (Ment.) In der Stadt wurden einige Verbrechen begangen und mehrere Geschäfte geplündert. Englische Verstärkungen wurden hierher entsandt.

Stockholm, 10. Oktober. (Savas.) Branting wird ein neues Kabinett bilden.

Santiago, 10. Oktober. (Ment.) Aus Peru hierher gelangten Meldungen zufolge ist in den Provinzen Pura und Tumbes die Revolution ausgebrochen.

Ein katholischer Staatenbrud.

Die mitteleuropäische Krisenstimmung löst allerlei abenteuerliche Kombinationen aus. Aber so irr sie scheinen, die Unsicherheit der gegenwärtigen Verhältnisse leiht ihnen einen gewissen Grad von Berechtigung. Der Streit ums Burgenland, den Ungarn unter christlicher Flagge sieht, deckt die Aspirationen der magyarischen Habsburgernechte auf Österreich auf und die bisher nur äußerlich überwindene Ruhr-Krise zeigt, wie schwach das katholische Bayern mit dem sonst vorwiegend protestantischen Reich zusammenhängt. In Italien wird Feldmarschall Danil für die „Rückkehr zu den alten Verhältnissen“ und für die „Betätigung altitalienischen Geistes“, der berühmte Landesrat Dr. Steidl hat 10 000 Mann Tiroler Heimatwehren mobilisiert, jeder murrte, weil der italienische Vize in nächster Nähe seine Kaufkraft bewährt, über die d. ö. Krone. All das gibt dem „Nude Prado“ den Anlaß, allen Ernstes die Möglichkeit eines katholischen Staates Ungarn-Österreich-Bayern zu erwägen, und je heillos die österreichische Valuta zusammenbricht, je mehr sich die Ausichten Deutschlands auf den Anfall Oberösterreichs verringern, desto stärker rückt das Phantastische in den Bereich des Möglichen. Was seine Verwirklichung bedeuten würde, sieht jeder: Den weißen Schrecken in allen einst habsburgischen Staaten, Krieg zwischen dem neuen Reich und der kleinen Entente und in dessen Gefolge einen nicht auszudenkenden Zusammenbruch. Auch unser väterlicher Herr von einst, der Knabe Karl, kann sich in hellen Stunden die Verwirklichung seiner Pläne kaum anders vorstellen. Aber was kümmert ihn das Wohl „seiner geliebten Völker“, wenn es gilt, das erlauchte Geschlecht wieder auf den Thron zu bringen? Für die Arbeiterschaft aber sind derlei Phantastereien eine ernste Mahnung zur Vorsicht und zur Einigkeit. Die Zeit ist voller Gefahren. Zwischen den Klippen unversehrt hindurchzukommen, dazu bedarf es eines kühlen Kopfes und einer festen Hand.

Mehrheitliche Stimmen gegen Görlich.

Die Stimmen der Einsicht bei den Rechtssozialisten mehren sich erfreulich und beweisen, wie sehr man in Görlich alle Realitäten ignoriert und in welche verhängnisvolle Sackgasse die rechtssozialistische Partei sich verirrt hatte. So schreibt unter der Überschrift: „Schluß machen!“ die rechtssozialistische „Dresdner Volkszeitung“, welche bis zum Görlicher Parteitag zu den entschiedensten Verfechtern einer Koalition mit Stinnes gehörte und wiederholt sogar für eine Ausschiffung der USP. aus der sächsischen Regierung und Aufnahme der bürgerlichen Parteien einschließlich der Partei Stinnes eingetreten war, le von Zentrum und Demokraten an die SPD. erteilten Antworten nieder und bemerkt zu wörtlich:

„Das Verhalten der Deutschen Volkspartei zeigt, daß die weiteren Erörterungen über die Regierungsumbildung lehrzwecklos sind. Die bisherigen Diskussionen haben bei allen Schäden doch Klarheit darüber geschaffen, daß die Volksparteier nur dann in eine bürgerlich-sozialistische Reichsregierung hineingehen wollen, wenn der sozialistische Einfluß in der Koalition auf ein solches Minimum reduziert wird, daß die Beteiligung für uns keinen Zweck mehr hat. Es wird unter diesen Umständen nichts weiter übrig bleiben, als es im Reich bei dem jetzt bestehenden Zustande zu belassen, selbst um den Preis, als es nicht möglich sein sollte, den Eintritt der Sozialdemokratie in die preussische Regierung durchzusetzen. So wünschenswert es uns zu sein scheint, daß recht bald wieder unsere Partei in die preussische Regierung hineinkommt, mit der Erfüllung der deutsch-volksparteilichen Sehnsucht wäre der Eintritt der Sozialdemokratie in die preussische Regierung viel zu teuer erkauft.“

Und in einer vom Unterbezirk Chemnitz der rechtssozialisten gegen eine einzige Stimme angenommenen Resolution, heißt es u. a.:

„Die Chemnitzer Parteigenossen erblicken deshalb in der Auslegung des Görlicher Beschlusses, der zweifelslos eine Verbindung mit der Volkspartei vorbereiten sollte, eine schwere Gefährdung der Einheitsfront und Stöckkraft der Arbeiterschaft. Insbesondere aber rügt die Versammlung die Art, wie der Parteivorstand diese schwerwiegende Frage über die Köpfe der Mitglieder ohne jede Vorbereitung in der Parteipresse oder in den Versammlungen an den Parteitag herandrachte und so das freie Mitbestimmungsrecht der Mitglieder in einer ohne Vorgang in der Parteigeschichte dastehenden Weise verletzete.“

Die russische Hungersnot.

Rot und Seuchengefahr.
Moskau, 10. Oktober. (Tsch. P.-B. Funk.) Die Lage im Uralgebiet ist katastrophal. Es ist nicht ein einziges Stück Brot vorhanden. Ganze Dörfer wandern in der Ukraine aus.

In der gestrigen Sitzung des allrussischen Vollzugsausschusses berichtete Jamschlo, daß gegenwärtig die ganze Republik frei von Cholera sei. Doch bedeute die Hungersnot eine ständige Gefahr für das Wiedererscheinen von Seuchen, namentlich von Fleck- und Bauchtyphus. Vorbeugungsmaßnahmen müssen unbedingt ergriffen werden.

Einreiseerlaubnis für eine offizielle Kommission.

London, 10. Oktober. (Tsch. P.-B.) Krassin erklärte in einer Unterredung mit einem Vertreter des „Observer“, es hänge von dem Charakter und der Zusammensetzung der eventuell von der Brüsseler Konferenz zu ernennenden Kommission zur Untersuchung der Lage in Rußland ab, ob sie von der russischen Regierung die Einreiseerlaubnis erhalte. Wenn die Kommission den Hungerleidenden in Rußland wirklich helfen wolle, statt Rußland auszukundschaften, dann wolle er alles tun, um ihr den Weg zu ebnen. Krassin sagte dann weiter, die in Rußland im Frühjahr begonnenen wirtschaftlichen und sozialen Reformen würden durch die nervöse Atmosphäre einer drohenden Intervention ausgehalten.

Mehrheitsbildung in Deutschland.

Die deutsche Volkspartei soll doch in die Koalition.

Berlin, 10. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat.“) Am Mittwoch werden die Verhandlungen über die Erweiterung der Regierungskoalition von neuem beginnen. Die Parteileitung der sozialdemokratischen Partei hat in ihrem Aufruf gesagt, daß es an den anderen Parteien läge, zu bestimmen, wie sich die sozialdemokratische Partei zu ihnen stellen würde. Wählen sie die Demokratie und die Republik, so könnte man mit ihnen zusammengehen, sonst würde die Sozialdemokratische Partei den heftigsten Kampf gegen sie eröffnen. Das wird in der bürgerlichen Presse so ausgelegt, als ob die Sozialdemokratische Partei nach der Absage der Unabhängigen nunmehr mit der deutschen Volkspartei die Regierung bilden will. Stresemann hat sich auf dem niederrheinischen Parteitag der deutschen Volkspartei ziemlich entgegenkommend ausgesprochen. Er sagte, daß das Programm für die breite Koalition bereits fertig sei, nur in der Frage der Aufbringung der finanziellen Mittel beständen noch Differenzen mit der SPD, die aber nicht unlösbar erscheinen. Er erklärte weiter, daß seine Partei zwar das Londoner Ultimatum abgelehnt habe, jetzt aber stünde sie auf dem Standpunkte, daß alle Anstrengungen gemacht werden müssen, um so viel zu leisten, wie die deutsche Wirtschaft herzugeben in der Lage sei. Diese Ausführungen klingen ganz anders, als man es bisher aus dem Munde der Volksparteiführer zu hören bekam, und es ist deshalb anzunehmen, daß eine Erweiterung des Kabinetts mit Stresemann zu Stande kommen wird.

Die Enthüllungen der „Münchener Post“ über einen geplanten Rechtsputsch.

Berlin, 10. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat.“) Die „Münchener Post“ setzt die Enthüllungen über die Beziehungen zwischen den Rechtssozialisten in Oberösterreich und Oberbayern fort. Sie berichtet, daß der verhaftete Privatdozent Dr. Arnold Ruge an einer Führerbesprechung in München teilgenommen hat, in der die Rolle der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Freischärler in einem für November geplanten Rechtsputsch festgelegt wurde. Es sollte zunächst ein Linksputsch vorgeschützt werden, worauf dann die Rechtssozialisten einzugreifen hätten.

Der griechisch-türkische Krieg.

Die Griechen flüchten.

Konstantinopel, 8. Oktober. (Havas.) Der türkische Heeresbericht meldet, daß das türkische Militär in den Abhängen des Kizilirmak trotz unaufhörlichen Regens das flüchtende griechische Heer verfolgt. Die griechischen Angriffe nördlich von Eskischihr wurden zurückgeschlagen. 25 englische Gefangene, unter ihnen Oberst Rawlinson und Kapitän Mitchell, sind in Imebel eingetroffen, wo sie für türkische Gefangene ausgetauscht werden.

Entspannung zwischen Rußland und Polen.

Warschau, 8. Oktober. (Tsch. P.-B.) „Kurier Warszawski“ teilt mit: Gestern unterzeichneten Marachan und Bismarck-Dombrowski das Abkommen betreffs Lösung der polnisch-russischen Spannung. Nach diesem Abkommen erhält die polnische Regierung als erste Zahlung 10 Millionen Rubel in Gold auf Rechnung der durch die Sowjets im Reichsvertrage übernommenen Verpflichtungen. Die polnische Regierung verpflichtet sich weiters, aus dem Staatsgebiete eine Reihe von Personen, die nach Meinung der

Sowjets eine sowjetfeindliche Tätigkeit auf Grundlage des Programmes Savinkows und Belskuras entfalten, auszuweisen. Das Ergebnis dieses Abkommens war die erste gemeinsame polnisch-russische Konferenz der polnisch-russischen Repatriierungskommission in Moskau.

Bukarest, 9. Oktober. Die Nachricht, daß Rumänien Vorbereitungen zum Kriege gegen Sowjetrußland treffe, werden kategorisch dementiert.

Eintägiger Landarbeiterstreik in Mähren.

Brünn, 10. Oktober. (Tsch. P.-B.) Heute fand in Mähren der eintägige Proteststreik der im Tagelohn stehenden landwirtschaftlichen Arbeiterschaft statt. Es wurde aber nicht überall gestreikt, da auf vielen Großgrundbesitzern die Arbeiterschaft sich überhaupt nicht oder nur teilweise beteiligte. Die Viehfütterung und das Melken besorgten größtenteils die streikenden Arbeiter selbst, in einigen Fällen das Aufsichtspersonal. An zahlreichen Orten wurden Protestversammlungen veranstaltet, in welchen nach Referaten der Redner eine Resolution angenommen wurde, welche u. a. die Verjagung der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft mit Getreide oder Mehl direkt von den Großgrundbesitzern, weiches Affordlöhe bei der Ribenernte und die Auszahlung eines Bekleidungsbeitrages gefordert wird. Die Ruhe und Ordnung wurden nirgends gestört.

Kleine Chronik.

Eine Schiffskatastrophe. London, 9. Oktober. (Reuters.) Der Dampfer „Roman“ ist auf der Fahrt von Glasgow nach Dublin in Vert of Clyde bei dichtem Nebel naheinander mit zwei Dampfern zusammengestoßen und untergegangen. Nach hier eingelaufenen Berichten hatte der Dampfer 37 Mann Besatzung und über 100 Fahrgäste an Bord. 24 Mann der Besatzung und 53 Fahrgäste wurden gerettet. Von den Fahrgästen sind nach der Rettung noch zwei gestorben. — Nach einer amtlichen Meldung aus Glasgow hatte der untergegangene Dampfer „Roman“ 56 Fahrgäste und 37 Mann Besatzung an Bord. Vermißt werden drei Fahrgäste und 13 Mann der Besatzung.

Falschmünzer. Budapest, 10. Oktober. Die Budapest Polizei verhaftete gestern den Bankbeamten Bela Schön, welcher einige gefälschte Dollarnoten in der Bank umzutauschen versuchte. Auf der Polizei nah Schön zu Protokoll, daß er die gefälschten Noten von einem Botschaftskommissionär erhalten habe, dessen Namen er jedoch der Polizei bisher verweigert. Die Budapest Polizei hat die Wiener Polizeidirektion ersucht, sofort den Wiener Kaufmann Josef Reich im II. Bezirk zu verhaften, da er hinter sich eine ganze Bande von Falschmünzern habe und die Anregung zur Nachahmung der Dollarnoten gegeben haben soll.

Kriegsjustiz in Frankreich.

In den „Libere Novins“ lesen wir: Das Ende einer heftigen Angelegenheit spielt sich jetzt in einer Verhandlung vor dem Kriegsgericht in Clermont Ferrand ab, welche das blinde Wüten des Militarismus gegen seine unschuldigen Opfer in grauenvoller Weise zeigt. Dienstag, den 4. Oktober, begann die Verhandlung gegen den Leutnant Pauland, der beschuldigt wird, durch seine Aussage vor dem Kriegsgerichte die am 3. Dezember 1914 stattgefundene Verurteilung und Hinrichtung von sechs Soldaten wegen Feindschaft vor dem Feinde herbeigeführt zu haben, obwohl diese Leute vollkommen unschuldig waren. Die Vorgeschichte des Prozesses ist folgende: Am Abend des 27. November 1914 gelang es den Deutschen bei Bingre nach vorhergegangenem Bombardement der vorderen französischen Stellungen an einer Stelle in den französischen Schützengruben zu dringen, wo sich der vierte Zug der 19. Kompanie des 293. Infanterieregimentes befand. Sofort entstand dort eine Panik. Die Leute eilten in die rückwärtigen Stellungen und liefen auch die in der Nachbarschaft aufgestellten Mannschaften mit sich fort. Unter den Flüchtenden befand sich auch der Leutnant Pauland, der seiner Behauptung nach von den Flüchtenden mitgeführt wurde. Erst in den rückwärtigen Schützengruben beruhigte sich die Mannschaften und eroberte unter Führung Paulandes spielend wieder ihre alten Stellungen. Scheinbar war damit die Angelegenheit erledigt, aber das Regimentskommando, das Oberst Binnoicau führte, zeigte den Vortritt beim Kriegsgerichte an, das dann (nicht anders als in Österreich) einen Unteroffizier und fünf Mann wegen Feindschaft vor dem Feinde zum Tode verurteilte. Dieses Urteil wurde auch sofort vollstreckt. In der Anklageschrift wird hervorgehoben, daß noch vor dem Zusammentritt des Kriegsgerichtes der Regimentskommandant und Kriegsgerichtsvorsitzende Oberst Binnoicau bestimmt hatte, daß zum abschreckenden Beispiel ein ganzer Schwarm niedergeschossen werden sollte und erst auf einen Zuruf des Leutnants Pauland hin habe er sich entschieden, statt 12 Soldaten nur sechs niederschließen zu lassen. Nach der Aussage des Pauland habe dann das Gerichte ohne jede weitere Aussprache den Antrag seines Gerichtes angenommen. Für das Füllen von Todesurteilen war also in Frankreich wie in Österreich der Standpunkt des Gerichtsherrn für die Kriegsgerichte maßgebend. (Ann. d. Red. d. „Soziald.“) Später stellte sich heraus, daß diese sechs Leute völlig unschuldig den Tod erlitten hatten. Man hob das Urteil auf und den Toten wurden nachträglich alle militärischen Ehren erwiesen. Pauland wurde unter Anklage gestellt und beschuldigt, durch seine Aussage das Gerichte getäuscht zu haben. Unter den ersten Zeugen wandte sich der Leutnant Pauland scharf gegen den Angeklagten, den er auf der

Flucht durch den Turm aufgehakelt habe: „Das ist eine klare Lüge, Pauland!“ Dieser habe daraufhin sich an die Mannschaften gewendet und sie zum Segenagriff gefammet. Der Zeuge ist von der bösen Wirkung der Aussage Paulands vor dem Kriegsgerichte überzeugt, aber er schiebt die größere Schuld auf den Obersten Binnoicau, der schon im Vorhinein die Zahl der abzurteilenden bestimmt habe. Der Angeklagte leugnet jede Schuld an der Panik, erklärt aber, sich auf die Einzelheiten nicht mehr zu erinnern. Er behauptet, er sei erst in der zweiten Linie imstande gewesen, die Soldaten aufzuhalten. Bei Gerichts habe er der Wahrheit gemäß ausgesagt, es sei auch wahr, daß der Oberst im Vorhinein die Anzahl der Leute bestimmt habe, die erschossen werden müssen, er selbst aber habe niemanden angegeben. Oberst Binnoicau, der als Zeuge einvernommen wird, erklärt, er habe die Anzahl der zu Verurteilenden darum schon im Vorhinein angegeben, um dadurch größeren Hinrichtungen vorzubeugen. Die übrigen Zeugen, von denen eine große Anzahl hauptsächlich aus einfachen Soldaten besteht, sagen widersprechend aus. Einige behaupten, die Panik sei plötzlich entstanden, andere wieder, daß der Befehl zum Rückzug gegeben worden sei, wieder andere, daß dieser Befehl von Pauland selbst ausgesprochen sei. Die meisten Zeugen behaupten die vollständige Unschuld der Erschossenen. Große Aufregung erregte die Aussage des Abte Duborg, den der Oberst am Tage vor der Hinrichtung aufgefordert hatte, 12 bis 24 Mann, welche erschossen werden sollten, mit der letzten Selung zu versehen. — Spät am Nachmittage endete der erste Verhandlungstag.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Teilweise Beendigung der Streiks in Rentischeln. Aus Rentischeln wird gemeldet: Die Arbeiter der Fabrik „Gnom“ sind vollständig zur Arbeit zurückgekehrt, Entlassen wurde niemand. Ebenso wurde die Arbeit bei der Firma Josef Kotter ausgenommen bis auf zwei Arbeiter. Die Arbeiterschaft der Firma Brüder Böhm, etwa 800, streikt und erklärt die Arbeit solange nicht anzutreten, als die Firma die Entlassung dreier Vertrauensmänner nicht widerruft.

Der Streik der Niemejer Lederarbeiter beilegt. 14 Wochen dauerte der Streik der Niemejer Lederarbeiter gegen ihre Unternehmer. Er entstand dadurch, weil sich diese weigerten, in ein Vertragsverhältnis einzugehen und die Vertrauensleute der Arbeiterschaft anzuerkennen. Durch die 14wöchentliche Kampfesdauer der Lederarbeiter war es möglich, den Starrsinn der Unternehmer zu brechen und die aufgestellten Forderungen restlos durchzusetzen. Bis auf einen Unternehmer schlossen sich die übrigen alle dem Vertragsverhältnis an. Die Arbeiter bei dieser Firma stehen somit noch im Kampfe und werden den Kampf noch solange weiterführen, bis auch dieser Herr von der Notwendigkeit des Vertragsverhältnisses überzeugt ist.

Ende des französischen Bauarbeiterstreiks. Paris, 9. Oktober. Die „Populaire“ mitteilt, ist gestern beschlossen worden, den Bauarbeiterstreik abbrechen und die Arbeit wieder aufzunehmen.

Hand- und Kopfarbeiter. In der letzten Zeit wurden zwei Beschlüsse gefaßt, die davon Zeugnis ablegen, daß die Erkenntnis der Notwendigkeit des Zusammengehens zwischen Hand- und Kopfarbeiter von der Arbeiterklasse immer mehr erkannt wird. So hat der Internationale Kongress der Bauarbeiter, der jüngst in Innsbruck stattgefunden hat, dem Wunsche nach Schaffung einer einheitlichen internationalen Organisation Ausdruck gegeben, welche alle Hand- und Kopfarbeiter, die im Bauwerke beschäftigt sind, umfassen soll. Auch auf dem unlängst stattgefundenen englischen Gewerkschaftskongress in Cardiff, sowie während der belgischen Gewerkschaftswoche betonten die Redner die Notwendigkeit des Zusammengehens mit den Technikern.

Ausführungen des Schutzollsystems. In welchen Übertreibungen das Schutzollsystem führt, zeigen die neuen Zolltarife von Jugoslawien und Rumänien. In diesen Tarifen sind eine Reihe neuer Hölle vorhanden, welche den vollen Wert der Ware wesentlich übersteigen.

Der Patriotismus des Finanzkapitals. In der ganzen Kulturwelt ist man bestürzt über die wirtschaftliche Katastrophe des österreichischen Staates. Der Finanzminister Österreichs fährt in der ganzen Welt umher, um Kredite zu holen, die die österreichische Krone vor einem weiteren Fallen schützen sollen. Wie sehr jedoch die Großbanken dieses Bemühens erschweren, zeigt ein Artikel des österreichischen Wirtschaftsblattes „Die Börse“ — also eines „bürgerlichen Blattes“ —, welches gegen die Großbanken die Klage erhebt, durch forcierte Verkäufe von Kronen, deren Kurs zu zerstören. Das Blatt schreibt unter anderem: „In dem Moment, wo die fortwährenden Schwankungen des Kronenkurses aufhören oder wo überhaupt ein organisch gewachsener Finanzplan dem Salutaend ein Ende macht, werden die diäbäudigen Devisengewinne verschwinden...“ Schon die Theorie, daß das Geld näher steht als der Tod, zwingt die Banken und überhaupt das Finanzkapital zu einer Antikronenpolitik und zu Gegnerschaften gegen alle Versuche, die größten Gefahrenquellen für die Wertbeständigkeit des Geldes zu beseitigen. Wir leben eben in der sonderbarsten aller Welten, wo der eine Teil der Bevölkerung von der

Selbstverleugung lebt und der andere Teil durch die Geldentwertung stirbt. Trotdem halten sich die Bourgeois für die besten Patrioten.

Eine russische Reichsbank. Moskau, 10. Oktober. (Zuspruch.) Die Reichsbank wird ihre Tätigkeit spätestens am 15. November aufnehmen. Zur Bildung des Grundkapitals werden aus dem Staatschatz zwei Milliarden Rubel angewiesen.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 206 1/2, 100 Mark 76 1/2, 100 schweiz. Franken 167 1/2, 100 Lire 176, 100 franz. Franken 680 1/2, 1 Pfund Sterling 357 1/2, 1 Dollar 94, 100 belg. Franken 670 1/2, 100 Peso 123 1/2, 100 Dinar 162 1/2, 100 Lei 80 1/2, 100 österr. Kronen 325, 100 poln. Mark 220, 100 ungar. Kronen 1440 holl. Kronen.

Ein Kalender für Kleinlandwirte.*)

Wir werden unseren Begriff vom Bauernkalender, der ansonsten ebenso geschmacklos wie „fruman“ ist, revidieren müssen. Der erste Kalender für Kleinlandwirte, den der Zentralverband deutscher Kleinbauern und Hausierer herausgegeben und den Genosse Josef Schweichart redigiert hat, ist geradezu das Muster für einen schönen, unterhaltenden, lehrreichen und praktischen Bauernkalender. Schon äußerlich unterscheidet sich das für Jahr 1922 bestimmte Büchlein wohltuend von der für den Landwirt bestimmten „Literatur“. Sämtliche Illustrationen, darunter auch Bilder von Thoma, Roessler, Walter Crane, Kaufbach u. a. beweisen, daß dieser Kalender mit Geschmack zusammengestellt wurde. Aber weit über den Rahmen des landläufigen Bauernkalenders wird das Buch durch den zierlichen Zug herausgehoben, der es vom ersten bis zum letzten Blatt durchzieht. In einer programmatischen Einführung wird die ökonomische und gesellschaftliche Situation der Kleinbauern aufgezeigt und hierauf die Ziele der Streikbewegung — denn eine solche will auch der Kalender sein — auseinandergesetzt: Er kämpft gegen alles, was das arbeitende Landvolk drückt und peiniget, er will es wachrütteln zu Selbstbewußtsein und Zusammengehörigkeit, er will beitragen zum Ausbau der Organisation und so das machen, was auch wir Sozialdemokraten wollen: einen Zustand herbeiführen, wo auch Grund und Boden den arbeitenden Menschen allein gehört, wo alle Drogen beseitigt sind und jeder fleißige sich wirklich seines Lebens freuen kann. Fallen sollen die geistigen, künstlich aufgerichteten Schranken zwischen dem arbeitenden Volke in Stadt und Land, gemeinsam soll und muß der Befreiungskampf gegen die Drogen der Gesellschaft geführt werden. Von dieser Idee ist der ganze Kalender erfüllt. Ein literarisch hochwertiges Gedicht August Ellingers ruft die Schläfer in der Gesellschaft zum Kampf für die Erlösung aus Bedrückung, Berse Maria Elbachs künden auch dem Landarbeiter die Zeit ihrer baldigen Reise und Ernte an, Genosse Hannich hat dem Kalender eine längere gemütvoll erzählte Geschichte gewidmet. Reichhaltig und überaus vollständig gehalten ist der landwirtschaftlich-theoretische Teil des Kleinlandwirte-Kalenders. Mit großem Interesse liest man lehrreiche und praktische Aufsätze über die landwirtschaftliche Produktion in der Tschechoslowakei, über rationelle Düngung und über die Erreger der Maul- und Klauen-

seuche. Graphische Darstellungen, Photographien und statistische Tabellen erleichtern das Verstehen landwirtschaftlicher Fragen. Der Abschnitt „Mutter und Kind“ wird vielen Müttern ein Ratgeber sein. Ein Lehrbuch für Landwirte, Bringer heiterer und gemutvoller Stunden und ein lieber Genosse dem kleinen Landwirt: alldies ist das kleine Buch, das wir allen Kleinlandwirten bestens empfehlen können.

Kunst und Wissen.

Neues deutsches Theater Prag. Neueinstudierung des „Mädchens aus dem goldenen Westen“ von Giac. Puccini am 9. Oktober. — Eine Opernbühne wie die des Prager deutschen Theaters, der als kunstverantwortlicher Opernchef ein Alex. von Zemlinsky vorsteht und die ohnedies fast alle bedeutenden Puccini-Opern zu ihrem Repertoirebesitz zählt, hat es nicht notwendig, auch diese schwächste Bühnenschöpfung des gegenwärtig größten italienischen Operisten ihrem Spielplan durch mühevoll Neues einzustudieren wieder einzuverleiben. Es wäre denn, man wolle Fr. Elfe Klepner wieder einmal Gelegenheit geben, in einer „Glanzrolle“ aufzutreten; deren es aber in uns näherstehenden Opern bessere und würdigere gibt. Puccinis zwischen Sensationslust und Kinoromantik balanzierendes „Mädchen aus dem goldenen Westen“ ist auch rein musikalisch kein Sendling besserer westlicher Musikvaluta. So bleibt als einzig verständlicher Grund für die Wiederwahl dieser Oper die Geschmacksrichtung unseres Publikums, das wir allerdings längst als nicht besser geartet, denn anderwärts erkannt haben. Die Aufführung selbst unter Dr. Jalowec musikalischer Führung war der Leistungsfähigkeit unseres Opernensembles entsprechend, umso mehr als auch die kleineren Rollen erstklassig besetzt waren. Ausgezeichnet war vor allem Fr. Elfe Klepner in der Titelrolle der Ninni und Herr Kriener als Schariff. Herr Nachod war darstellerisch ein vorzüglicher Räuberhauptmann, hat aber in Partien melodisches Grundzuges und sinnlichen Gefangnisses immer einen schweren Stand. Die Regie Herr Ludwig Klappert, aber es fehlte ihr die Lebendigkeit und realistische Note, die dieses Stück mehr als alle andern Opern braucht. — ek.

Premiere „Vetter aus Dingsda“. Samstag findet die Premiere der im Berliner Rollendorttheater mit großem Erfolge aufgeführten Operette „Der Vetter aus Dingsda“ mit der Musik von Eduard Künneke statt. In den Hauptrollen ist das gesamte Operettenpersonal beschäftigt. Spielleitung Karl Fischer, Dirigent Hellfried Schroll. Erste Wiederholung Sonntag abends. (Beide Abende bei ausg. Ab.)

Gastspiel Schwestern Wiesenhal. Das prächtige Schwesterntrio Vertha, Martha und Elsa Wiesenhal wird Donnerstag im Neuen Theater eine neue Folge von Längen nach Kompositionen von Haydn, Gounod, Suber-Wiesenhal, Johann Strauß vorführen. Als Ergänzung des Abends wird der interessante Einakter „Satan's Wass“ mit Leopold Kramer als Henry Raistreje gegeben. Kartenverkauf täglich.

Premiere „Gesandnis“. Drama „Das Gesandnis“ von Sidney Gorrid wird in der deutschen Uebersetzung von S. Vajda morgen Mittwoch zum ersten Mal in Szene gehen. Die Hauptrollen liegen in Händen der Damen Regelsch, Ressel, Boh und der Herren Geldern, Mühlberg, Reinhardt, Vogansky. Spielleitung Hans Demej. (223-III.)

Neues Theater. Heute der erfolgreiche Operettenchwanz „Die Scheidungsreise“ (224-IV), Freitag erste Wiederholung der neustudierten Puccini-Oper „Das Mädchen aus dem goldenen Westen“ (226-11), Sonntag Nachmittag Verdis „Traviata“.

Aus der Partei.

Berammlungstätigkeit in Südböhmen. In den ostböhmischen Industriebezirken haben in letzter Zeit in einer Reihe von Orten öffentliche Versammlungen stattgefunden, in denen über die politische Lage und über die Arbeiten im Parlament gesprochen wurde. In Arnau, Jungbub, Lamperdorf und Freiheit hielt die Genossin Abgeordnete Kirpal aus Aussig Versammlungen ab, die außerordentlich stark besucht waren. In der Versammlung in Freiheit, wo außer der Genossin Kirpal auch Abgeordneter Genosse Schäfer über die politischen Vorgänge in der Tschechoslowakei sprach, versuchten wiederum die Kommunisten, sich bemerkbar zu machen. Die massenhaft erschienenen Arbeiter und Arbeiterinnen von Freiheit und Marschendorf lehnten es jedoch mit allen gegen sieben (!) Stimmen ab, den kommunistischen Vorkämpfer aus Trautau, der gerade aus Breslau zugereist war, anzuhören. Betroffen von dieser Absicht verhielten sich dann die Kommunisten bis zum Schluß der Versammlung müßig. Nicht ein Zwischenruf war mehr von ihnen zu hören. — In Starkstadt bei Trautau, wo Genosse Schäfer und Genosse Merkel aus Trautau über Organisationsfragen sprachen, dann in Grinsdorf, Weigelsdorf, Ober-Adersbach und Arnau verließen die Versammlungen in vollster Einmütigkeit — ein Beweis dafür, daß in Südböhmen bis auf vereinzelte Orte die Reichsbürger Kommunisten jeden Anhang verloren haben. Nur in Neuschloß bei Arnau waren in der Versammlung einige Kommunisten aus dem Orte Pöbernech anwesend, deren unpassende Zwischenrufe jedoch die sachlich geführte Aussprache über die Politik der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei nicht stören konnten. In allen Versammlungen wurde von den örtlichen Vertrauensmännern berichtet, daß die Kommunisten zwar überall durch ihr Treiben die politischen Organisationen geschwächt haben, daß aber nicht die Kommunisten, sondern die Deutschnationalen und in einigen Orten die Christlichsozialen den Vorteil von den unglücklichen Ständereien der Moskauer haben. Im übrigen weisen die meisten Lokalorganisationen jetzt schon wieder eine aufsteigende Bewegung in ihren Mitgliedszahlen auf. — Für die nächsten Tage sind noch Versammlungen mit dem Abg. Genossen Schäfer vorgesehen in den Gemeinden Altenbuch, Nieder-Altstadt, Deutsch-Fraunkau und Raasdorf.

Bezirksorganisation Prag. Heute findet um 8 Uhr abends im Bezirkssekretariat, Smetschkagasse 27, eine Sitzung der Bezirksvertretung statt.

Kreisbesprechung Tschelisch-Saaz verschoben. Die Kreisbesprechung hat in ihrer Sitzung am 5. Oktober beschlossen, die Abhaltung der Kreisbesprechung in Komotau aus wichtigen organisatorischen Gründen zu verschieben. Die Kreisbesprechung findet also nicht am 29. und 30. Oktober, sondern erst am Samstag, den 26. und Sonntag, den 27. November im Restaurant „Lagerkeller“ in Komotau mit der gleichen Tagesordnung statt.

Turnen und Sport.

D. F. C. Prag gegen Dresdner Sportklub 3:2 (1:2). Die Dresdner, welche 20 Minuten mit 10 Mann spielten (1 Mann wurde wegen Rohheit vom Platz gewiesen), führten ein rasches Spiel vor und es gelang ihnen mehrere gefährliche Durchbrüche, die sie aber infolge mangelnder Schußtechnik nicht verwerten konnten. Bei den Dresdnern spielte, da beim vorläufigen Wettspiel gegen Union Jizlow einer ihrer Spieler verletzt wurde und sie keinen Ersatz mitbrachten, Posse, der ihnen für dieses Spiel vom D. F. C. zur Verfügung gestellt wurde (für seine eigene Mannschaft haben wir ihn noch nie so gut spielen). Die D. F. C.-Mannschaft spielte wieder einmal herzlich schlecht; das Forward zeigte überhaupt kein Zusammenspiel, da jeder einzelne der Stürmer selbst Goals machen wollte. Der aus Agram importierte Schiedsrichter Ing. Baum hatte einen sehr schwachen Tag. Eine ganze Anzahl von

Offizes überjah er, ebenso, daß ein von Jes-mary abgegebener Schuß an die Innenplatte des Dresdner Tores ging, was nach den Fußball-regeln Goal bedeutet.

Resultate von vorgestern: A. C. Sparta gegen S. R. Kladno 7:0. — Slavia gegen S. R. Subenelsch 3:0. — Da Tschelisch Sonntag gesperrt war, entfiel das mit Spannung erwartete Wettspiel gegen D. F. C. Aussig. — Stadtkampf Berlin-Bajel 2:1.

Mitteilungen aus dem Publikum.

„Urania.“ Moderne Experimentalphysik. Doz. Dr. Fürth. Dreistündiger Kurs mit zahlreichen Experimenten. Beginn: Freitag, den 14., 6 Uhr. 1. Vortrag: Anwendung der Elektrizität in der Technik (Erzeugung von Kraft, Licht, Wärme usw.). — 2. Vortrag: Drahtlose Telegraphie und Telephonie. — 3. Vortrag: Anwendung der Elektrizität in der Medizin (Röntgenstrahlen, Radium, Höhenstrahlung usw.). Kurskarte 10 Kr.

Musikalisch-Dellamatorischer Abend“ Gusti Seidl-Sadel — Dr. Theodor Seidl. Freitag, den 14. Oktober, halb 8 Uhr. Aus dem Programm: Melodram „Son der schönen Rosamunde“. Romanzenzyklus von Fontane. Musik von Th. Seidl. (Erste Aufführung.) Karten 15—6 Kr. Mitgl. Ermäßigung, Smetschkag. 22.

Selbstschreibende Burreoughs-Additionsmaschinen der Firma Clogoski & Comp., Prag, I., Celetna ul. 35. 80 verschiedene Modelle, für jede Branche eigene Systeme. Vorführung und Probestellung überall unverbindlich und kostenlos. Telephon 6217. 106

Erste Marke der Welt! Remington Standard-Schreibmaschinen mit vollständig frei sichtbarer Schrift und modernsten Einrichtungen. Neueste Modelle. Vorführungen allerorten kostenlos und unverbindlich. Remington Schreibmaschinen-Gesellschaft m. b. H. Prag I., Celetna ul. 35, bis-a-bis dem Obecní dům. Telephon 2871. 107

Anzeige. Unsere billigen Preise für Herrenkleider rufen immer viele Auseinandersetzungen Debatten, Anfragen und schließlich sogar Zweifel hervor. Man fragt sich warum gerade wir im Stande sind so billig zu verkaufen. Wir erklären hiermit ganz frei, daß auch wir keine Wunder tun können, unser Gewinn jedoch ist minimal und infolge dessen die Verkaufspreise niedrig, dies ist die Ursache, warum wir rasch große Umsätze erzielen können. A. Bayer u. Co., Herren- und Damenkonfektion, Prag, Celetna ul. 35, beim Fußverturn.

PELZWAREN Herren- u. Damenpelze, Pelzjackets, Krägen, Boas, Muffe usw. kauft man am besten bei F. DENDER, Prag I., Celetná 12. Reparaturen und Umarbeitungen werden angenommen. 144

Der Klub deutscher Buchdrucker in Prag veranstaltet am Sonntag, den 16. Oktober, 8 Uhr abends im grossen Saale des Handwerkerheims, Smetschkagasse 22, ein Kränzchen. Eintritt 10 K. Eintritt 10 K. Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Freude wird ein jeder haben, wer sich bei uns ankleidet. Ein Herren-Anzug von 350 Kz. Ueberzieher, Raglans, Winterröcke in grösster Auswahl. Extra-Abteilung: Kinder- und Knaben-Anzüge nach Mass. A. BAYER & Comp., Prag, Celetná ul. 35, vis-a-vis Pulverturm.

Likör- und Essig-Fabrik B. u. L. Windholz, Brünn. Spezialitäten: Curacao Triple Sec-Gefreidekummel. „Spaniola Griotte.“

Anglo-Elementar Versicherungs-Aktiengesellschaft in Wien. Direktion für die tschechoslowakische Republik empfiehlt sich zum Abschluss von Feuer-, Unfall-, Transport- und Pferdeversicherung zu kulantem Preisen. Volleingezahltes Aktienkapital 8 Millionen. Bargarantiemittel in der Republik 23 Millionen. Bureau PRAG, Perštyn 346/9.

Kanalfasse, Inlette, Matratzen Gradl und Damaste, für Inland u. Export liefert billigst Hronover Erzeugung von Leinen- und Baumwollwaren 58 Viktor Prager, Prag-II., Truhlářská ul. Nr. 21, nächst Repräsentationshaus Telefon 2252

CAFÉ ELEKTRA PRAG-WEINBERGE, beim Museum, neben dem Deutschen Theater. TREFFPUNKT DER GENOSSEN Telephon 4854. 124

Sanatorium Hussig-Kleische nimmt keine Geistesranke mehr auf. Aufnahme finden 134 Innere und Nervenranke.

Ebermanns Mundwasser — Zahnpulver das BESTE und BILLIGSTE zur täglichen Zahnpflege. 64 Erhältlich in Apotheken, Droguerien, Parfümerien und Konsumvereinen. Dr. Ebermann, Prag 619-1.

Kohle - Koks - Holz liefern fuhren- und waggonweise S. L. Reimann Söhne, Prag II., Václavské nám. 47. Telephon Nr. 1675 und 4179. 92

Reserviert für: MERL & WEISS FACHMANN, BÜRO-EINRICHTUNGEN PRAG, NÁRODNÍ 23a. 141

EGGER & CO., PRAG-KARLIN, Královská tř. 14. FABRIK PHARMACEUTISCHER ZUCKERWAREN. Eggers Milch- und Kaffekaramellen, Eggers 140er Peppermint 87 in allen Konsumvereinen erhältlich.

BERSON GUMMIABSÄTZE BILLIGER ALS LEDER

Die Alters- und Invalidenversicherung.

Als der alte österreichische Staat zusammenbrach und die „demokratische“ Republik errichtet wurde, konnte man annehmen, daß der Ausbau der Sozialversicherung baldigst erfolgen, die Invaliden- und Altersversicherung zur Einführung gelangen würde. Die Alten und Invaliden haben gleich wie im alten Österreich auch hier nur Enttäuschungen erlebt. Auch in der tschechoslowakischen Republik versteht man es ausgezeichnet, die Sache hinzuziehen. Dr. Winter hatte eine Vorlage ausgearbeitet, der vielleicht viele Mängel anhafteten, die aber den großen Vorzug hatte, die Frage der Kranken- und Unfallversicherung sofort praktisch zu lösen und für die Invaliden- und Altersversicherung Rahmenbestimmungen brachte, die bei einigen guten Willen in der entsprechenden Zeit hätten in die Detailbestimmungen umgearbeitet werden können. Das wäre umso leichter gewesen, als man ja vor nichts ganz Neuem steht und in der reichsdeutschen Versicherung ein Vorbild hat. Das Ministerium Gruber ist darauf nicht eingegangen, weil ein ganzes, bis in alle Details durchgearbeitetes Werk als Vorlage gebracht werden sollte. Am 13. März 1921 hat das Ministerium Gruber die Erklärung abgegeben, daß es beabsichtige, eine Kommission von Fachleuten einzusetzen und nach deren Gutachten eine Regierungsvorlage über die Sozialversicherung auszuarbeiten. Die Kommission ist gebildet worden, Gutachten sind erstattet worden. Auf Grund dieser Gutachten hat nun das Ministerium die Kommission ergänzt und für die weiteren Beratungen folgende Leitätze herausgegeben: 1. Die Einführung der staatlichen Versicherung ist aus staatsfinanziellen Gründen nicht möglich und kann nur die Sozialversicherung in Betracht kommen. 2. Aus den gleichen Gründen kann einseitige Einführung der staatlichen Arbeitslosenversicherung nicht in Betracht kommen und muß es bei der Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System verbleiben. 3. Neben der Versicherung der Arbeiter ist es nötig, an der Versicherung der selbständig erwerbstätigen Personen (Kleingewerbetreibenden, Häusler) zu arbeiten. 4. Nach Tüchtigkeit ist die Gleichheit des Begriffes der Versicherungsspflicht für alle Zweige der Sozialversicherung bei allen selbständig erwerbstätigen Personen sicherzustellen. Bei den selbständig erwerbstätigen Personen kann sowohl die Statuierung der Versicherungspflicht nur bei der Altersversicherung, allenfalls noch bei der Invalidenversicherung in Betracht kommen. 5. Erhaltung der Arbeiterunfallversicherung, insoweit die materielle Seite in Betracht kommt, Auflassung der gegenwärtigen Arbeiter-Unfallversicherungsanstalten, die als zweite Instanz im Rahmen der allgemeinen Unfallversicherung umzuwandeln wären. 6. Erhaltung der Pensionsversicherung für Angestellte nach der materiellen Seite, Auflassung der Landesstellen und Umgestaltung der allgemeinen Pensionsanstalt in den Gesamtreichsträger der allgemeinen Sozialversicherung. 7. Die Bruderkasse zu belassen, erscheinend unzuwendbar, wenn es zum Ausbau der allgemeinen Sozialversicherung kommt. 8. Eine eigene Versicherung der Seeleute ist mit Rücksicht auf den Charakter des

Staates nicht nötig. 9. Die Anmeldungen der Versicherten sind nach Möglichkeit bei der untersten Instanz (Bezirksstelle) zu zentralisieren, desgleichen der Großteil der Evidenz der Versicherten. Der zweiten Instanz (größere Gauorganisation oder Landesorganisation) würde die Vorbereitung des erforderlichen Materials für die Bemessung der Dauerrenten obliegen. Die dritte Instanz hätte über die Dauerrenten (Invaliden- und Altersrenten) zu entscheiden. Der dritten Instanz würde ferner obliegen, die Ausweise über die Gesamtversicherung zu verarbeiten und über die Vermögenswirtschaft aller Organismen der Sozialversicherung zu entscheiden. 10. Die Festsetzung der Versicherungsgrundlage bei den nicht selbstständig erwerbstätigen durch Lohnklassen. Den wirklichen Lohn zur Grundlage der Versicherung zu nehmen, wäre aus praktischen Gründen undurchführbar. Es wird auch nicht möglich sein, einen Einheitsatz als Grundlage der Versicherung festzusetzen, obwohl das ideal wäre. Bei den selbständig erwerbstätigen Personen wird es sich empfehlen, einen Durchschnittsatz zu wählen und alles andere der freiwilligen Versicherung zu überlassen. Die Festsetzung einer Grenze, bis zu welcher die Zwangsversicherung der selbständig erwerbstätigen Personen gezogen werden sollte, vielleicht unter Benützung der objektiven Merkmale des Umfangs des gewerblichen oder landwirtschaftlichen Betriebes (die Einkommen- oder Steuergrenze) würde sich nicht empfehlen. 11. Prämienbestimmung für die Versicherten und Arbeitgeber und die Art ihrer Einhebung. Bei den selbständig erwerbstätigen Personen käme die Zahlung eines gewissen Teiles der Prämien durch die Versicherten selbst, der Rest durch den Arbeitgeber in Betracht. Für die Unfallversicherung würden die Prämien ausschließlich durch den Arbeitgeber, für die übrigen Zweige der Versicherung vielleicht zur Hälfte vom Versicherten, zur Hälfte vom Arbeitgeber zu tragen sein. Die Einhebung hätte bei dem Versicherten für den auf ihn entfallenden Teil durch Lohnabzug zu erfolgen. Hinsichtlich der selbständig erwerbstätigen Personen konnte vorläufig ein praktischer und durchführbarer Grundsatz nicht formuliert werden. Es wäre die Einhebung der Prämien durch die Gewerbe- und Agrarorganisationen, die zweckmäßig auszubauen wären, zu empfehlen. 12. Die Regelung des Verhältnisses zu den ärztlichen Organisationen ist nötig. Das Einvernehmen mit den ärztlichen Organisationen soll schon im Stadium der Vorberatung über die Grundzüge der Sozialversicherung gepflogen werden. 13. Die autonome Verwaltung der Versicherungsinstitute, die Teilnahme der Arbeiter an der Verwaltung und der Einfluß des Staates. Auf die autonome Verwaltung ist besonders Gewicht zu legen, doch wäre es erwünscht, daß nach Tüchtigkeit die direkten Wahlen im allgemeinen Interesse und im Interesse einer stabilen Verwaltung der Versicherungsinstitute eine Beschränkung erfahren würden. Die weiteste Autonomie bei den Bezirksstellen, hingegen für die zweite und dritte Instanz direkte Delegiertenwahl aus den Verwaltungen der unteren Organismen. Die Teilnahme der Arbeiter an der Verwaltung wäre in das Verhältnis zur Zahlung der Beiträge zu bringen, je höher die Beitragsquote der Arbeitgeber, desto stärker ihre Vertretung. Im allgemeinen muß die Notwendigkeit eines entsprechenden staatlichen Einflusses auf die

Versicherungsinstitute herbeigehoben werden. Die Frage ist aber noch nicht gelöst, ob die Ausübung dieses staatlichen Einflusses bei der zweiten und dritten Instanz durch Ernennung von Fachleuten zur Mitwirkung an der Verwaltung oder durch direkte Bestellung von Staatsbeamten zur Mitentscheidung (insbesondere bei Zuerkennung von Dauerrenten und der Art der Verwaltung des Vermögens) erfolgen soll. 14. Die Entscheidung über die Versicherungsleistungen und der Instanzenzug. Es hätten zu entscheiden: Die Bezirksstellen über die Leistungen der Krankenkasse und kurzfristige Krankenrenten (nach reichsdeutschem Muster). Der Reichsversicherungsträger hätte über die Invaliden- und Altersrente zu entscheiden. Instanzen kämen drei in Betracht und zwar 1. Bezirk, 2. Gau, bezw. das Land, 3. das Reich. 15. Versickerungsgerichtsbarkeit. Die Versicherungsgerichte wären am Orte der Versicherungsinstitute zu errichten. Den Versicherungsgerichten stände die Entscheidung über die auszu zahlenden Versicherungsleistungen zu. 16. Die Deckungsfrage. Der Staat wird gezwungen sein (wenigstens für den Anfang) die Verwaltungsauslagen zu decken. Es wäre zu erwägen, welcher Alternative empfohlen werden sollte und zwar ob eine Pauschalierung des staatlichen Betrages zur Deckung der Altersrenten oder eine bestimmte Prämienquote für die Altersrente.“

Wie schon gesagt berät im Ministerium die erweiterte Fachkommission über diese Grundzüge der Regierung. Es muß dringendst gefordert werden, daß die Beratungen in ein möglichst rasches Tempo gebracht werden. Ist ja dann noch der Weg bis zur Fertigstellung der Regierungsvorlage, Einbringung in der Nationalversammlung, Beratung und Beschlussfassung durch die Parteien ein sehr weiter. Minister für soziale Fürsorge ist heute ein Sozialdemokrat. Die arbeitende Bevölkerung erhofft und fordert dringlich die endliche Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung. Wird auch der Minister Sabran eine Enttäuschung bringen? Im Interesse der ungezählten Alten, Siechen und Invaliden hoffen wir, daß dies nicht der Fall sein wird.

Tages-Neuigkeiten.

Die Gemeindevahlen in Freiwaldau. — Eine Niederlage der Kommunisten.

Aus Troppau wird uns folgendes Ergebnis der Gemeindevahlen in Freiwaldau, die am Sonntag stattfanden, gemeldet: Die Mandate verteilten sich nach dem bisherigen Resultate folgendermaßen: 11 Deutschnationale, 8 Christlichsoziale, 8 Nationalsozialisten, 6 Sozialdemokraten und 2 Kommunisten.

Die Sozialdemokraten haben also dreimal soviel Stimmen als die Kommunisten auf sich vereinigt. Dieser Erfolg ist umso höher anzuschlagen, als Freiwaldau als die Hochburg der Kommunisten in Schlesien galt. Durch den feinerzeitigen Uebertritt Jorns, des bekanntesten Vertrauensmannes der Freiwaldauer Arbeiterschaft, von der sozialdemokratischen in die kommunistische Partei, hatte die sozialdemokratische Bewegung in diesem Gebiete eine bedeutende Schwächung erfahren. Das Ergeb-

nis der Wahlen zeigt nun, daß diese Schwäche jetzt schon ausgeweht ist. Die Niederlage der Freiwaldauer Kommunisten kann als ein Symptom des immer mehr abnehmenden Einflusses der Kommunisten und ihrer Phrasologie auf die Arbeiterschaft angesehen werden.

Blindgänger. Die „Frankfurter Zeitung“ brachte Sonntag eine kurze Notiz, in der sie eine der wichtigsten und schwierigsten Aufgaben bespricht, die die „Liquidation des Krieges“ am Orte der Kampfhandlungen und in den Stappenträumen hinter den beiderseitigen Fronten mit sich gebracht hat: die Sammlung und Vernichtung der allenthalben herumliegenden Munition, insbesondere die Unschädlichmachung der sogenannten „Blindgänger“, der Geschosse, die sozusagen ihren Beruf verfehlt haben, indem sie nicht zur Explosion gelangten. Die Technik der Munitionserzeugung ist eben trotz aller Errungenschaften noch nicht soweit, daß nicht doch immer wieder Geschosse auf den Kriegsmarkt kämen, die beim Verbrauch versagen. Blindgänger gibt es in jedem Kampfe. Während aber im Kampf der Waffen, im Kampf gegen Pulver und Blei und giftige Gase, der Feind nur sehr beschränkte Möglichkeit hat, die Geschosse des anderen unschädlich zu machen, und es nicht sein Verdienst ist, wenn so und soviel „blindgeht“, haben unsere Gegner, unsere Feinde im Klassenkampf, die Möglichkeit — und sie machen davon gründlich Gebrauch — aus unseren sehr sorgfältig montierten Geschossen mit brutaler Gewalt Blindgänger zu machen. Sie montieren die Geschosse, während sie noch sozusagen in der Luft schweben, einfach ab, sodaß ein Krepiere ausgeschlossen ist. Der Monteur, mit dem es die sozialistische Presse in ihrem Kampf gegen den Kapitalismus und den kapitalistischen Staat zu tun hat, ist der Zensor. Sobald er nur im Geringsten spürt, daß irgend eines unserer Geschosse ein wenig Verache in die Ordnung, wie er sie wollen soll und muß, schlagen könnte, kommt er sofort mit dem Waukist und montiert ab. Dabei hat er ansehend seine genauen Richtlinien. So ist zum Beispiel die kleinste, harmloseste Notiz, die vom Militarismus handelt, schon im Vorhinein zum Blindgängertum verurteilt. Der Militarismus? in der Tschechoslowakei ein „Noli me tangere“, ein Ding „Nähr' mich nicht an“, und wer es wagt, trotzdem daran zu rühren, ist unbarmerzig dem Monteur Zensor ausgeliefert. Erst Sonntag hat er wieder abmontiert, unsere Sonntags-Kummer wurde wegen einer Notiz „Ein Wort an die jungen Soldaten“ beschlagnahmt. In der Notiz, die kein Wort über den tschechoslowakischen Militarismus enthielt, stand nicht mehr und nicht weniger, als daß die jungen Arbeiter, die jetzt als Rekruten in die Armee eingetreten sind, auch als Soldaten Sozialisten bleiben mögen. Aus diesem Geschoss, daß doch den Bestand des tschechoslowakischen Staates wahrlich nicht gefährdet hätte, wenn es auf den Boden gefallen wäre, auf den es abgezielt war, hat der Zensor einen Blindgänger gemacht! Und dieser tüchtige Monteur ist bei einer Firma angestellt, in der drei tschechische Sozialdemokraten sitzen. Sollen wir, weil sie ihre Waffen rosten lassen, uns etwa auch das Schießen abgewöhnen?

Die Untersuchung in der Chodauer Mordaffäre nimmt ihren Fortgang und liefert täglich neues Material. Der Karlsbader „Volkswille“ berichtet darüber unter anderem Fol-

Cyril Wallenta.

Von J. J. David.

Und wie der Bube nur pff! Das war ein Wunder. Die verwidelteste Weise, die er nur einmal gehört, sah fest in ihm. Auf seinem einsamen Gängen pff! er sich immer etwas vor und sprach vielleicht so aus, was ihn innerlich beschäftigte. Denn ohne Gefelligkeit, war er gern für sich. Später kaufte er sich für sein erpartes Geld eine Ziehharmonika. Die hatte er bald weg, daß der blinde Zindral ein Stämper neben ihm war. Und er lebte doch davon! Wen Cyril an einem linden Sommerabend von der Schaluppe seiner Mutter sah und sich mit seinem Blasebalg vergnügte, so verweilten sich die spazierenden Liebespärchen vor ihm, standen umher und horchten. Die Geige aber mocht' er nicht lernen, obwohl ihn der Herr Lehrer, der für einen seinen Künstler galt, umsonst darin unterweisen wollte. Er las kein Buch. Alles flog ihm zu, und ihm blieb unbedorren, was er jemals hörte. Zu Schreibereien ließ er sich willig verwenden und schlug manchmal Aenderungen vor, die einen ganz guten Sinn hatten. Und so vergingen die Jahre. Schon regte sich mit der Anerkennung seiner Gaben das Bedauern, daß er so gar keinen rechten Gebrauch davon machen wollte.

Dann war er zum Militär genommen worden. Seine Ziehharmonika ging mit, und er spielte beim Abschied den anderen auf dem

traurigen Marsch zur Stadt darauf vor, daß sie übermütig wie richtige Rekruten in ihr aufzogen.

Die anderen seines Jahrganges waren verabschiedet worden. Wallenta hatte es damals schon, nach drei Jahren, zum Feldwebel gebracht, und man erzählt Wunder, in welcher Gunst er bei den Herren Offizieren stände. So war er auch in der Ferne eine wichtige Person und der Gegenstand mancher mütterlichen Sorge. Er kam nicht einmal auf Urlaub heim. Ohne Unterbrechung diente er weiter. Vollen zehn Jahre blieb er in der Fremde. Seine Mutter war darüber gestorben, und wenn nicht immer Neue zu seinem Regiment eingerückt wären, die Kunde von ihm brachten, so wäre er für das Dorf völlig verschollen. Denn zu einem Brief schwang er sich nicht auf. An wen denn?

Endlich kam er heim, den Anspruch auf eine Verforgung im Staatsdienst in der Tasche. Er richtete sich in der Hütte seiner Mutter ein. Was er da wollte? Ja, sich ausruhn nach der vielen Schinderei bei den Soldaten. Das sei keine Kleinigkeit mit all dem dummen Volk. Ob er hier zu bleiben gedente? Raum. Oder doch eine Zeit. Je nach dem es ihm gefallen werde.

Er hatte sich in allen den Jahren wenig verändert. Er sah sehr jung aus. Denn er hatte strohblondes, zerzaustes Haar, wie einer, der einmal da und wieder dort schläft, auch ganze Nächte durchslumpt, sich am Mühlbach wäscht und mit den Fingern kämmt. Er hatte etwas

Zierliches von Gestalt, und man sah ihm seine ungemeine Kraft nicht an. Darum machte es ihm Spaß, einen Kaufbold erst mit Schüchternheit zu ermutigen, ehe er ihn plötzlich anfiel und niederwarf. Er hatte ein breites, fahles, hartloses Gesicht. Die Augen aber stalen voll Spitzbüberei, und welches Mädel er damit ansah, das mußte rot werden.

Dazu kam, daß er unter den Burtschen, die doch meist unter ihm gedient, einen großen Anhang hatte. Sie zogen mit ihm um. Er ließ sich jeden gefallen und wußte von ihnen alles, ohne sich einem zu offenbaren. Nachdem er seine Hütte verkauft, richtete er sich nirgends mehr ein, sondern zog umher, so wie ein richtiger Zigeuner. Und zu allerhand Niederträchtigkeiten lernte er sein Gefolge an.

Um keine Arbeit kümmerte er sich. Zum stetigen Bauernwesen taugte er nicht. Fürs Tagelohn war er sich zu gut. Er ging viel in die Stadt und zu Gericht, angeblich in seinen eigenen Sachen.

In der Umgebung aber spotteten sie. Ganz Pahlenowitz hatte der Zapletal aufgesessert. So hätten sie nur noch einen einzigen Bauern darin. Und das Dorf sei so arm, daß sie jetzt mit einem einzigen Hahn genug hätten) mit Cyril Wallenta.

* * *

Einige Zeit nach seiner Heimkehr hatten die Beziehungen des Feldwebels zu Kajetan Zapletal wieder begonnen. Es hatte sich inzwischen der Großbauer zum andermal verheiratet.

Seine erste Frau hatte er rein des Geldes wegen genommen, und die Kinder waren ihnen weggestorben. Nun bei Jahren und kränkelnd, freite er ganz nach seiner Wahl.

Er war allerdings wohl zu alt für sein neues Weib. Wenn man aber viele und befähigte Schmerzen hat, so liebt man doppelt ein hübsches und freundliches Gesicht, bei dessen Anblick man ihrer vergißt. Die Weine wollten nicht mehr mit. Sie machten ihm ein schweres Kreuz, und die Doktoren schmierten so an ihm herum. Er mußte auch viele Tage zu Bett liegen, aber sein Geist blieb frisch, und seine Geschäfte trieb er, wie der Jüngste.

Er hatte etwas gehabt und einiges erbeirachtet. Und das war unter seiner Hand gewachsen durch Viehhandel und durch glückliche Spekulationen. Da hatten die Bauern auf sein Betreiben eine große Mälzerei gegründet, wie sie anderwärts bestanden und guten Ertrag gaben. Wozu erst die Gerste verkaufen und den Deutschen den schönen Reizen gönnen, den sie aus dem Malz zogen. — Wurde nicht jeder reich, der am Handel damit beteiligt war? „Die Brüder wollen wir miteinander sein, wie Brüder!“ Als aber die ersten Jahre nicht gleich den großen Gewinn brachten, den man sich erhofft, als man gar Nachzahlungen forderte und wirklich eintrieb, da erschrafen die kleinen Leute und warfen ihre Anteile hin Zapletal aber bückte sich um jeden einzelnen und las ihn auf. Seit damals habe er Kreuzschmerzen, spotteten die Leute. Und über Nacht war er der alleinige Herr des Unterneh-

gendes: Es handelt sich jetzt darum, den Mörder Müller zu finden und genaue Aufklärungen darüber zu verschaffen, wie das geraubte Geld verteilt wurde. Freitag, den 7. Oktober wurde Hermann Zwanow, der in Wirklichkeit Vinov heißt, 24 Jahre alt und Sohn eines Bürgermeisters in Südsibirien ist, nach Chodau gebracht. Er schiederte vor dem Untersuchungsrichter Dr. Höning Schmidt, wie er von Müller aufgefordert worden sei, mit nach Chodau zu fahren, wie er das erste Mal ablehnte, aber am zweiten Samstag doch mitfuhr. Unterwegs karte ihn Müller über sein Vorhaben auf. In der Nähe des Schachtes angekommen, versteckten sie sich in ein Gestrüpp, wo Müller den Hermann Zwanow-Vinov auf den Kauger aufmerksam machte, der hier vorbeikommen müsse und in einer gelben Leder Tasche 80.000 K trage. Müller meinte: „Das wäre Geld für unsere Partei; wir werden ihn empfangen“. Er gab dem Vinov gestohlenen Pfeffer, doch lehnte Vinov dessen Verwendung ab. Er meinte, Kauger könnte um das Augentlicht kommen, Straßenraub erfüllte den gleichen Zweck. Als Kauger zu den Beiden kam, rief Müller „Hände hoch!“ Vinov war aber im kritischen Augenblick außerstande, Kauger unschädlich zu machen und da der Ueberfallene Anstalten machte, zu entinnen, schob ihn Müller kurzerhand nieder, entriß ihm die Geldtasche und forderte Vinov auf, mit ihm zu fliehen. Unterwegs sagte er: „Jetzt sind wir auch noch Straßenräuber geworden. Sollten wir aber verhaftet werden, dann dürfen wir nicht eingestehen, daß wir Kommunisten sind, sondern daß wir aus eigenem Antrieb gehandelt haben!“ Wäre Hermann Zwanow-Vinov gleich das erste Mal mitgegangen, wären ihnen 80.000 K in die Hände gefallen. Daß die Tasche gerade am Mordtage nur 24.000 K enthielt, war ihnen unbekannt. Auf den Vorhalt des Untersuchungsrichters, doch anzugeben, woher ihnen bekannt war, daß Kauger diesen Weg gehen müsse, erwiderte Vinov: „Ich bin Kommunist und werde niemals verraten, wer uns das gesagt hat. Lieber werde ich sterben, ehe ich die Chodauer Kommunisten verrate. Das tue ich der Partei nicht an.“ Vinov gab weiter an: Als er am 17. Juli früh in die Wohnung der Franzl kam, war Trizubsky bereits anwesend. Er fragte ihn, wie die Sache in Chodau gelaufen sei, worauf Vinov erwiderte: „Ja, es ist geschehen“. Dann fuhren sie nach Joachimsthal, um das Geld zu verteilen. Vorher erhielt Vinov 1000 K zum Ankauf eines Anzuges, später nochmals 1000 K zur Flucht nach Wien. Gleichzeitig mit Hermann Zwanow-Vinov wurden die beiden kommunistischen Agitatoren Dürschmidt und Bachmann aus Joachimsthal nach Chodau gebracht. Dürschmidt ist ein gebürtiger Chodauer. Der Untersuchungsrichter fragte ihn, ob er Geld bekommen habe. Dürschmidt leugnete das, worauf ihm auf den Kopf zugesagt wurde, daß nach dem Geständnis Trizubskys Dürschmidt und Bachmann von der geraubten Beute diesmal je 250 K, in Summe also 1000 Kronen bekommen haben. Dürschmidt erwiderte darauf, daß es sich um Agitationspreise handelte. Dürschmidt hat nach der Abreise Trizubskys von Joachimsthal das Parteisekretariat übernommen und seine erste Aufgabe darin erblickt, alle im Parteisekretariat befindlichen Schriften zu verbrennen. Sowohl Dürschmidt als auch Bachmann sind betriebsmäßige Arbeiterlose und die engsten Freunde Trizubskys. Sie wurden vorige Woche aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen, trugen jedoch bei der Vorführung stolz den Sowjetstern, bilden sich also noch etwas darauf ein, die kommunistische Partei in Verruf zu bringen. Die Behörden sind nun bestrebt, jene Personen zu ermitteln, die die beiden Mörder auf ihr Opfer aufmerksam machten.

menz, das nun durch seine Klugheit mächtig gedieh. Er lebte aber immer ganz wie ein Bauer. Er trug die roten Lederhosen und den runden Hut. Das erweckt Vertrauen, und man offenbart sich lieber einem seinesgleichen, als einem Fremden. Auch war er durchaus kein Bucherer. Aber er ließ eigentlich erst dann, wenn der Schuldner schon verloren war. Er tat den letzten Stich, der den wurzelschwachen Baum umwarf. Er hatte seinen Vertrauten beim Grundbruch und kniderte nicht. Er wußte von jedem, wie er stand und wie viel sein Besitz unter jeder möglichen Bedingung wert sei; wie viel im ganzen und wie viel, wenn man ihn zerstückte. Und so hatte ihm keine Mißernte etwas an. Im Gegenteil: ein schlechtes Jahr trieb ihm manchen ins Garn, auf den er anders noch lang hätte lauern können. Der brauchte Saatgut; der Zapletal bezog es in der besten Güte und ließ ohne Zinsen und gegen einen ganz bescheidenen Anteil an der Ernte. Der mußte seinen Viehstand verkleinern und wollte nicht verkaufen, wo eine Kuh nicht besser bezahlt wurde, als sonst ein Kalb; der Zapletal half. Gehörten ihm aber, auch nur die Hörner eines Ochsen, da war bald das ganze Tier sein.

Er war ein ansehnlicher Rechner. Und er hatte ein ungehörtes Gedächtnis. Ohne eigentliche Aufzeichnungen konnte er sich in allen seinen sehr verwickelten Unternehmungen aus. Und gar nicht stolz wurde er. „Was bin ich anders, wie ein Bauer. Nur mehr Sorgen hab ich.“ Man kam ihm um Rat, und er gab ihn gern und weisheitsvoll, wie man ihn eben hören will. „Siehst du, Bauer! So mußt du dieses machen!“ Wenn das alsdann dem anderen doch zu Schaden geriet, so war Zapletal höchst erstaunt und bekümmert, obwohl es durchaus nicht seine Schuld war.

Jeden Sonntag, wenn es ihm möglich war, ging er zur Kirche. Und wenn der Klingelbeutel umging, so kam ein großer Augenblick. Denn der Zapletal tat immer etwas, was sonst nur noch der Graf tat: er warf immer einen blanken Silbergulden hinein. Die ganze Gemeinde wartete förmlich auf diesen Moment, schielte nach dem Gulden, redete die Häße, ob es richtig wieder auf Zapletals Platz fiel, ob es hell vorleuchte. Das machte doch im Jahr, wenn man alle Feiertage dazu rechnete, nahe an hundert Gulden! Alle waren sie stolz auf diesen Reichen. Er aber tat keineswegs aus Proterei so. Er fühlte sich nur in seinem Gewissen verpflichtet, seinem Gott, der ihn so reichlich gesegnet, auch wieder das Seinige zukommen zu lassen.

Er fuhr oftmals zur Stadt. Aber nur, wenn er sich mit der Familie da sehen ließ, durfte die noble Bräutlin mit Federn angespannt werden. Auch eigentlich nur, weil Anneschka den Korbwagen gar nicht sehen mochte, so bunt war er gemalt. Sie war eben etwas Feineres,

Deutsche Mädchen, hütet Euch vor...! In unserem Nürnberger Parteiorgan, der „Fränkischen Tagespost“, lesen wir:

Der Techniker Hans Ben, einer der Führer der Deutschböhmischen und Nationalsozialistischen (Antisemit), war am Montag vor der Strafkammer Nürnberg wegen Sittlichkeitsverbrechens, begangen an Kindern, angeklagt. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Ben war angeklagt, sich an einem elfjährigen Mädchen unzüchtig vergangen zu haben. Er machte mit dem Kind eine Kabipartie am Tugendteich, dabei beging er unzüchtige Handlungen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Sittlichkeitsverbrechens zu 6 Monaten Gefängnis.

Wie wär's, wenn der Duxer „Tag“ und alle übrigen deutschgelben und deutschnationalen Blätter diese Tatsache ihren Lesern vorsetzten, da diese Blätter doch sonst nicht laut genug von der schwarzen Schwärze und dem unzüchtigen Indentum sprechen können.

Paul Keri — Austauschgefangener. Aus Budapest wird berichtet: Hier sind aus Ungarn zwei Namenslisten eingetroffen, die sich auf den Austausch der kommunistischen Gefangenen gegen die ungarischen Geiseln beziehen. Auf beiden Listen befindet sich der Name des im Tisza-Prozess zum Tode verurteilten Paul Keri.

Aus der französischen Partei. Die Sozialisten des Seinedepartements haben beschlossen, für eine Nachwahl zum Municipalrat in Paris nicht, wie vorgesehen, den früheren Abgeordneten Mayeras, sondern einen weiteren Vertreter von der schwarzen Meeresflotte, Vadingo, der jetzt seine Strafe verbüßt, als Kandidaten aufzustellen.

Henry Vorstufe, der bekanntlich bei dem Kriegsbeschädigtenkongresse in Wien weilte, ist dort an einer Rippenfellentzündung erkrankt, befindet sich aber außer Gefahr.

Schwarzgelbe Schmerzen. Aus Wien wird gemeldet: Die „Vereinigung der Frontkämpfer“ überreichte der Kommission zur Sicherstellung von Kriegselikten einen Antrag, es möge gegen den gewissen sozialdemokratischen Staatssekretär für Heerwesen Dr. Julius Deutsch, der im Kriege Reserveoffizier war, auf Grund seines Verleses „Militärpolitische Erinnerungen“ das Vergehen eingeleitet und das Material dem Generalstaatsanwalt zum Zwecke der Erhebung der Anklage übergeben werden.

Eine internationale Fälscherbande. Aus Wien wird uns telephoniert: Die Wiener Polizei ist einer internationalen Fälscherbande auf die Spur gekommen, die in allen Hauptstädten Europas mit gefälschten Cheques auf nicht existierende Häuser große Summen bei Banken und Privaten herausgeschwindelt. Der Führer der Bande ist ein Ungar namens Horvat, der unter dem Namen eines brasilianischen Militärs mit gefälschten Empfehlungen operierte. In Wien hat er von einer Bank mit einem falschen Ched auf eine nicht existierende Niederlassung einer Honer Bank in Luzern gegen sieben Millionen Kronen herausgeschwindelt. Die Spuren der Bande führen auch nach Prag und Brünn. Heute wird aus Genua telegraphiert, daß dort der Hauptling mit einer Anzahl von Komplizen verhaftet wurde.

Giehhübl-Sauerbrunn an Holländer verkauft? Wie dem Karlsbader „Volkswille“ mitgeteilt wird, wurden die Anlagen von Giehhübl-Sauerbrunn samt allem Zubehör um den Betrag von 20 Millionen Kronen an ein holländisches Kontrakt verkauft.

Die Veruntreuungen in der Teplitzer Bezirkskrankenkasse. Wie die Teplitzer „Freiheit“ berichtet, tagte Freitag in Turn abermals eine von der sozialdemokratischen Bezirksorganisation und dem Bezirksgewerkschaftsamt einberufene Vertrauensmänner-Versammlung, welche den Bericht des Vorstandes der Bezirkskrankenkasse Teplitz-Schönan über die

durch den Angestellten Schönplugg verübte Deffraudation entgegen nahm. Den Bericht erstattete Abg. Genosse Cermak, welcher das Ergebnis der vom Aufsichtsrat eingesetzten Untersuchungskommission mitteilte, aus welchem u. a. hervorging, daß die Kasse wohl schwer geschädigt, aber in ihrem Bestande nicht gefährdet ist. Dies geht insbesondere daraus hervor, daß trotz des Verlustes, den Schönplugg der Kasse zufügte, der Reservefonds von einer Million auf ganze zwei Millionen erhöht werden konnte! Die Untersuchungskommission konnte ferner feststellen, daß kein einziges Mitglied des Personales der Bezirkskrankenkasse an dem Betrage beteiligt ist und deshalb in die Ehrlichkeit und Vertrauenswürdigkeit des Personales nicht der geringste Zweifel gesetzt werden kann. Die Kommission stellte fest, daß die Räumlichkeiten der Kasse dem ungeheueren Parteienverkehr nicht entsprechen; es muß an deren Ausgestaltung geschritten werden. Auch die technische Führung des großen Betriebes wird einige bedeutende Änderungen erfahren müssen, sodas ähnliche Vorkommnisse künftig wohl unmöglich sein werden.

Ein Postbeamter, der die Briefe aufmacht. Freitag wurde auf dem Postamt am Masarykbahnhof der 23jährige Postpraktikant Bretoslav Bilik dabei erwischt, als er drei Briefe aus Amerika sich angeeignet. Bei der Hausdurchsuchung wurden in seiner Wohnung noch 98 Briefe aus Amerika vorgefunden, die schon geöffnet worden waren. Bilik gestand ein, daß er in den Briefen etwa 15 Dollar gefunden habe, welche er gegen 1300 K umgetauscht habe. Bei ihm wurde ein Revolver und 911 Kronen gefunden, die wahrscheinlich aus einem Diebstahl herrühren. Er wurde dem Landesstrafgericht eingeliefert.

Anspruch auf öffentliche Brotversorgung. Amtlich wird verkündet: Dem Ministerium für Volksernährung kamen wiederholt Beschwerden zu, daß die Angehörigen bestimmter Bevölkerungskategorien von der öffentlichen Versorgung ausgeschlossen sind. Das Ministerium erachtet es für erforderlich, neuerdings kategorisch darauf aufmerksam zu machen, daß bei Verteilung des Anspruches auf die öffentliche Versorgung ausschließlich sachliche Gründe gemäß den gesetzlichen Bestimmungen über die Regelung der öffentlichen Versorgung mit Getreide und Mahlprodukten in der Wirtschaftperiode 1921-1922 maßgebend sind. Keineswegs aber dürfen irgendwelche politische Rücksichten ausschlaggebend sein. Gleichzeitig wird im Hinblick auf die erhobenen Beschwerden in Erinnerung gebracht, daß in Fällen, in denen zufolge einer Änderung in den Erwerbshverhältnissen sich nachträglich genügend Haushalte, die Anspruch auf öffentliche Versorgung haben, melden, über solche Gesuche mit größtmöglicher Beschleunigung entschieden werden müsse.

Die Wiederaufnahme der internationalen Pressebeziehungen. Aus Bern wird gemeldet: Der kürzlich neu gewählte Vorstand des Vereines der schweizerischen Presse stimmte in seiner ersten Sitzung der Wiederaufnahme der internationalen Pressebeziehungen zu, wobei sich die einstimmige Auffassung kundgab, daß dieses Ziel durch die Wiederbelebung der Union Internationale in Paris anzustreben sei.

Die neuen sozialpolitischen Gesetze sind in dem soeben erschienenen Heft Nr. 19 des „Prager Archiv für Gesetzgebung und Rechtsprechung“ enthalten. Das Heft enthält das Gesetz über die Betriebsausstufung, die Novelle zum Pensionsversicherungsgesetz (mit Erläuterungen), die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz (mit Bemerkungen), die Gesetze über die Arbeitslosenunterstützung, das Gesetz gegen den Terror (mit Bemerkungen), die Novelle zum Gesetz über die Teilnahme der beim Bergbau Beschäftigten an der Grundverteilung, den Entsch des Ministeriums für soziale Fürsorge über die Krankenversicherung der Heimarbeiter und der landwirtschaftlichen Arbeiter. Bestellungen beim Verlage des „Prager Archiv“, Prag, Banská 12. Preis des Heftes 6.— jäh. Ar. Gewerkschaften und Vereine erhalten bei Bestellungen von mehr als 10 Exemplaren 25% Rabatt.

das Kind. Und man wollte doch auch höher mit ihr hinaus. So was merkt ein Frau gar bald. Und wenn sie zwischen den Eltern sah, dem hageren, erregten und immer von Plänen übersprudelnden Vater, dem sie so spät geschenkt worden war, so spät, daß wie eine Ueberraschung und ein Wunder gewesen, und der schönen, ernsthaften Mutter, die breit wie eine rechte Bäuerin ihren Platz füllte, und ihr blondes Haar flog, und sie klatschte in die Händchen, und nahm gar für ein kurzes und völlig ebenes Stückchen das Leitseil und guckte sich selig nach den Beiden um, so fühlte Rajetan Zapletal sein ganzes Glück.

Ein selbte dazu. Er strebte es mit der Fähigkeit eines Bauern und der Erbarmungslosigkeit eines Menschen an, der da weiß, daß man mit Ruhe und Bedacht manches erreichen kann, das hastigeren unzugänglich bleibt. Auch das anscheinend Unmögliche. Es war eine Phantasterei. Und niemand wußte darum, nur Anneschka, die sie nicht verstand, und Volkento, der ihn begriff.

Er haßte den Gutsherrn. Ohne eigentlichen Grund, denn der Graf war gütig und ahnte in seinem uradligen Selbstgefühl sicherlich nichts von diesem Wroß, der da gegen ihn mißtraute. Er hatte dem Bauern wahrhaftig nichts zuleide getan.

(Fortsetzung folgt).

Sprechende Filme. Photophon wird die geniale schwedische Erfindung genannt, die die photographische Wiedergabe der Gattung und Bewegung mit der phonographischen Wiedergabe der Stimme vereinigt. Wie die „Times“ berichten, rechnet man vorerst mit dem Wert dieser Erfindung mehr auf dem Gebiete der Aufnahmen historischer Ereignisse, denn auf dem Gebiete des Kinowesens. Der staunenswerte Erfolg des Films als Unterhaltungsmittel ist darauf zurückzuführen, daß das photographische Bild eine internationale Sprache führt. Sinegenen kann ein sprechender Film nur von einem Publikum verstanden werden, das der Sprache des Films kundig ist. Aber die Erfindung des Photophons besitzt insofern einen unschätzbaren Wert, als sie ermöglicht, daß die Reden und die äußere Erscheinung berühmter Männer und Frauen dauernd erhalten werden.

Ein echt Pilsener Amerikaner. Am Montag, den 3. Oktober, fand auf der Sophieninsel eine Unterhaltung der Prager Röhre statt und dabei erregte ein junger Mann die Aufmerksamkeit, der sich für einen Amerikaner ausgab, von Amerika erzählte und mit Dollars profitierte. Der junge Mann unterhielt sich vorzüglich, tanzte ununterbrochen und schenkte den Musikern 2000 Kronen und es erweckte auch keinen Verdacht, als er sich mit einer 50-Kronennote die Nase abwuschte, denn die Anwesenden waren alle der einheitlichen Meinung, daß ein reicher Amerikaner sich alles erlauben könne. Gegen morgen bestellte der Amerikaner ein Automobil und führte zuerst alle seine Tischgenossen nachhause, dann aber ließ er jeden nachhause führen, der ihm darum ersuchte. Um ein wenig nüchterner zu werden, begab sich der Amerikaner mit einigen Personen im Automobil auf den Weissen Berg und dann fuhr er noch ins Cafe Astoria auf dem Obstmarkt, wo er Champagner kredenzen ließ. Von dem freigebigen Amerikaner und seinem Auftreten bei der Unterhaltung der Röhre erfuhr aber der Bezirksinspektor Bubnik, dem dieses verschwenderische Auftreten verdächtig vorkam. Er konstatierte, daß der Amerikaner in einem Hotel auf der Altstadt wohne und als dieser am Mittwoch in der Nacht mit einem Automobil zum Hotel kam, verhaftete er ihn. Bei dem Unbekannten wurde ein scharf geladener Revolver vorgefunden und weiters der Betrag von 7000 Kronen und 4 Dollars. Außerdem wurden bei ihm verschiedene Dokumente auf den Namen des Schneiders Albert Becka aus Cleveland vorgefunden und auf Grund deren festgestellt, daß das Geld von einem Diebstahl herrühre. Der Verhaftete entpuppte sich als der 21 Jahre alte Schlosser Wilhelm Pucelik aus Pilsen, der überhaupt niemals in Amerika war. Nach längerem Zeugnis gelang Pucelik, daß er in der Nacht auf den 3. Oktober dem genannten Becka im Hotel Start in Königgrätz, wo er mit ihm zusammen übernachtet hatte, 20000 Kronen, 30 Dollar, 1 goldene Uhr mit Kette, 1 goldene Büxennadel und Seidenwäsche gestohlen habe. Bis auf das Geld wurden diese Sachen bei ihm vorgefunden. Den größten Teil des Geldes hat Pucelik innerhalb zweier Tage angebracht, um die Dollars wurde er bestohlen, als er nämlich mit den Gästen im Automobil fuhr, zogen sie sie ihm aus der Tasche heraus. Darum wurde auch ein Kellner aus dem Staceyhaus Astoria verhaftet, dem der Diebstahl der Dollars nachgewiesen wurde. Pucelik trat sehr frech auf, und wie sehr ihm die Leute glaubten, davon zeugt der Umstand, daß ein Jahntechniker, dem gegenüber er sich beschwerte, daß die Tischchen den Amerikanern gegenüber kein Entgegenkommen zeigen, ihn zu sich zum Nachhause einlud, das seine Frau eigenhändig zubereitete und dem Amerikaner echt tschechischen Kaffee und Bucheln vorsehte. Pucelik wurde dem Strafgerichte eingeliefert und alle Besucher des Balls der Röhre werden lange an ihn denken.

Identitätsnachweise bei Fahrpreiserhöhungen. Das Eisenbahnministerium macht darauf aufmerksam, daß jene Personen, denen eine Anweisung für freie oder ermäßigte Fahrt zuerkannt wurde, welche den Ausdruck trägt „Pasajati se“, verpflichtet sind, den Revisionsorganen ihre Identität mittels Photographie nachzuweisen. Reizende, die diesen Nachweis nicht erbringen können, sind verpflichtet, den vollen Fahrpreis zu entrichten.

Zusammenstoß am Ebnbacher Bahnhof. Samstag vormittags ereignete sich auf dem nördlichen Gelände des Ebnbacher Bahnhof-Terrains ein Zusammenstoß zwischen dem von Dresden kommenden Personenzug und einer rangierenden Lastzugsgarnitur. Der Personenzug fuhr durch falsche Weichenstellung in die Lastzugsgarnitur hinein, zerstückte die Garnitur und verursachte die Zerstümmung von 3 Eisenbahnwagen des Lastzuges. Der dritte zerstörte Waggon war ein Topfwagen mit Schmelzfläue. Durch einen Glucksunfall ist die Zerstümmung des Wagens auf dem Gelände des Bahnhofes südlich der Brücke geschehen, sodas die auslaufende Säure niemanden verletzt hat, wie überhaupt trotz der ganz bedeutenden Materialschäden des Zugzusammenstoßes und trotz der Wucht des Anpralles niemand zu Schaden kam. Die Ursache des Zusammenstoßes liegt in der falschen Weichenstellung beim Lastzuge. Ein Waggon des Lastzuges wurde durch den Anprall aus dem Geleise gehoben und über den Abhang des Bahndammes hinausgeschleudert.

Schadenfeuer in der Leitmeritzer Aktienzegelei. In der großen Leitmeritzer Aktienzegelei brach Samstag vormittags in der offenen Feldscheuer der Zesonomie ein Schadenfeuer aus. Dem Feuer fielen die Strohhorräte der Gesellschaft und zwei Wagen zum Opfer. Die stehengebliebenen Weiler mußten umgeworfen werden. Das anstehende Getreidemagazin mit dem dort lagernden Getreide konnte gerettet werden. Ueber die Ursache des Brandes bestehen nur Vermutungen. Die Windstärke ermöglichte die Lokalisierung. Im Zegeleibetriebe wurde durch den Brand keine Störung verursacht.

Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Ortsgruppe Prag. Donnerstag, am halb 8 Uhr abends im Verein deutscher Arbeiter wichtige Ausschusssitzung.